

Verkehr



ÖBB. Die a.t. Fahrbegünstigung für PensionistInnen konnte nur mit harten Verhandlungen erhalten werden.

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Überlastet? Auf der Station ist zu wenig Personal eingesetzt, eine ordnungsgemäße Pflege ist nicht möglich? vida startet die Aktion „Vorsichtsmeldung“.

Private Dienstleistungen



Bespitzelt? MitarbeiterInnen der Firma Securitas in Graz fühlen sich am neuen Firmenstandort überwacht, das Betriebsratsteam pocht auf den Datenschutz.

Die Sucht hat viele Beschäftigte im Griff

Sucht ist auch in Österreich kein „Randgruppenproblem“. Menschen mit Suchtproblemen kann man in jeder Gesellschaftsschicht und in jedem Betrieb antreffen. Wir befassen uns in der vida-Zeitschrift mit dem Thema Sucht und Arbeitswelt.

Die Süchte der Österreicher. Gleich nach Griechenland nimmt Österreich Platz 2 unter den EU-Ländern mit den meisten RaucherInnen ein. Im Wissenstest auf Seite 2 erfahren Sie, wie viele Menschen hierzulande nikotinabhängig sind und wie viele mehr als nur ein „Glaser!“ Wein am Tag trinken.

„Oft bleibt es nicht bei einem Glaserl. Alkohol ist in Österreich eine Volksdroge. Gesellschaftlich akzeptiert und weit verbreitet.“

Volksdroge. Ist von Drogen die Rede, denken die meisten an verbotene Substanzen wie Cannabis oder Heroin. Weit mehr Menschen hängen allerdings an der Flasche – Alkohol gilt als gesellschaftlich akzeptierte „Volksdroge“. Wie sollen Betriebsrat, Beschäftigte und Arbeitgeber auf die Suchterkrankung eines Kollegen reagieren? Wie kann man helfen? Lesen Sie dazu das Interview mit einem Suchtexperten auf Seite 4.

Unterstützung suchen. Hilfe zur Selbsthilfe bieten die Anonymen Alkoholiker. Wir informieren Sie über deren



Anlaufstellen. Auch über Programme, um sich das Rauchen abzugewöhnen, erfahren Sie mehr in der vida-Zeitschrift. Die Details finden Sie auf den Seiten 5 und 6.

Gut versorgt? Anderes Thema: Haben Sie sich schon überlegt, wer Sie bei Pflegebedürftigkeit im Alter versorgen wird? Wir meinen, dass alle Menschen ein Anrecht auf gute Pflege und

Betreuung haben. Damit das finanzierbar ist, braucht es zusätzliches Geld. vida und die GPA-djp haben dafür ein eigenes Pflegefonds-Modell entwickelt. Mehr dazu auf Seite 7.



Karikatur: Kostas Kouflogorgos

Löhne an die EU-Kandare?

Mit einem alarmierenden Vorschlag zur „Euro-Rettung“ ist der österreichische Spitzenbeamte Thomas Wieser kürzlich an die Öffentlichkeit gegangen. Und da dies nicht die Einzelmeinung des Finanzbeamten Wieser ist, sondern auf EU-Ebene bereits mehrfach angedeutet wurde, ist eine klare Absage an diesen Plan angebracht. Die Sozialpartner, so das Ansinnen, sollen klare Vorgaben für die Lohnerhöhungen von Seiten einer EU-Überwachungsstelle bekommen. Dabei ist klar, dass hier an restriktive Vorgaben für die Arbeitnehmerseite gedacht ist.

Falsche Medizin. Die EU, sonst nur bedacht auf den freien Markt, aufs Liberalisieren und Privatisieren, soll also ausgerechnet bei den Löhnen planwirtschaftlich eingreifen. Das ist ein Reformeifer, der in die falsche Richtung geht. Die ArbeitnehmerInnen und ihre Einkommen gehören sicher nicht ans Gängelband genommen.

Die Fakten. Selbst in den südosteuropäischen Ländern, von denen es jetzt immer heißt, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt, ist die Lohnquote in den vergangenen Jahrzehnten gesunken und der Anteil des Kapitals am Volkseinkommen ge-

stiegen. Deshalb sagen wir ein klares Nein zum von oben verordneten Lohndumping durch EU-weite planwirtschaftliche Vorgaben.

Die Krisenursachen bekämpfen. Die EU muss vielmehr die Kapital- und Finanzmärkte an die Kandare nehmen und die Finanztransaktionssteuer einführen. Sie spült Geld in die leeren Kassen und hilft, die gefährlichen Finanzspekulationen einzudämmen. Denn die Krise wurde nicht durch überschießende Einkommen der ArbeitnehmerInnen verursacht, sondern durch die grenzenlosen Freiheiten für das Kapital. (mf)

Foto: Stockphoto



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Hinschauen statt verdrängen

Ein Glaserl in Ehren kann niemand verwehren, lautet eine Volksweisheit. Alkohol ist in Österreich eine Volksdroge. Denn vielfach bleibt es nicht bei einem „Glaserl Wein“.

Jede/n kann es treffen. Suchtkrankheiten machen vor keinem Alter und keiner gesellschaftlichen Schicht halt. Je belastender oder gefährlicher ein Job ist, desto höher ist die Suchtgefahr. Auch überlange Arbeitszeiten, Überforderung oder die Angst vor Arbeitslosigkeit werden oft mit dem Griff zu Suchtmitteln zu bewältigen versucht.

Offen drüber reden. Menschen mit Suchtproblemen gibt es in jedem Betrieb. Wir wollen mit dem Schwerpunkt zum Thema „Sucht & Arbeitswelt“ dazu beitragen, dass Suchterkrankungen in den Betrieben nicht länger unter den Teppich gekehrt werden. Denn je früher eine Sucht erkannt wird, desto größer ist die Chance der Bewältigung. BetriebsrätInnen als Vertrauenspersonen der Beschäftigten kommt hier eine wichtige Rolle zu. Auch wenn es heikel ist, sollten sie das Gespräch mit den Betroffenen suchen.

Chefs mitverantwortlich. Die Arbeitgeber seien in diesem Zusammenhang an ihre Fürsorgepflicht erinnert. Helfen statt entlassen muss der Grundsatz sein. Zugleich sollten die Betriebe stärker auf Prävention setzen. Voraussetzung dafür ist ein Arbeitsklima, in dem Vertrauen, Kollegialität und Offenheit keine Fremdworte sind.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender
rudolf.kaske@vida.at

Gewerkschaft vor Ort

vida stark

vida verstärkt die Mitgliederwerbung und geht dabei neue Wege. Bei den Aktivitäten im öffentlichen Raum sind engagierte Mitglieder herzlich willkommen.



Foto: vida

Machen Sie mit bei der Mitgliederwerbung. Denn je mehr dabei sind, umso stärker ist unsere Gewerkschaft.

Teamarbeit. Die BetriebsrätInnen sind die Vertreter der ArbeitnehmerInnen im Betrieb. Um die Durchsetzung der Rechte der Beschäftigten zu sichern und bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen, arbeiten sie eng mit der Gewerkschaft zusammen. Darum sind die BetriebsrätInnen wichtige Partner bei der Mitgliederwerbungskampagne. Sie werden in den kommenden Monaten verstärkt auf die Beschäftigten zugehen, um sie von der Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft zu überzeugen. Zum Start für diese dreimonatigen Intensivwerbe-Aktivitäten in den Betrieben findet am 18. Oktober in Wien die Veranstaltung „vida stark“ statt. Rund 90 BetriebsrätInnen aus ganz Österreich werden zu der Auftaktveranstaltung mit dem stellvertretenden vida-Vorsitzenden Willi Haberzettl und „Motivationsguru“ Willi Mernyi vom ÖGB erwartet. Einige besonders engagierte BetriebsrätInnen werden wir in den nächsten Monaten auch in der vida-Zeitschrift vor den Vorhang holen.

Öffentlich präsent. Nicht nur in den Betrieben soll verstärkt über vida gesprochen werden. Auch im öffentlichen Raum möchte vida in den nächsten Monaten stärker sichtbar werden und Themen, die die Menschen bewegen, diskutieren. Die ersten dieser öffentlichen Aktivitäten zur Mitgliederwerbung finden von Mitte September bis Mitte Oktober in Salzburg statt. Sie wollen bei einer dieser Aktionen mit dabei sein? Wir freuen uns auf Sie!

Machen Sie mit. Details zu den Aktionen, die genauen Termine und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es bei Christoph Lipinski in der vida-Bundesgeschäftsleitung.

Weihnachts- und Urlaubsgeld, aber auch die jährliche Lohnerhöhung sehen viele ArbeitnehmerInnen als selbstverständlich an. Dass diese Leistungen von den Gewerkschaften bei den Kollektivvertragsverhandlungen erreicht werden, wissen viele nicht. Der Kollektivvertrag und die jährlichen Verhandlungen darüber sind vielen Be-



schäftigten ein Mysterium. Dabei ist klar: Je mehr Beschäftigte bei der Gewerkschaft sind und je geschlossener sie gemeinsam für ihre Rechte eintreten, umso stärker ist die Arbeitnehmerseite bei Kollektivvertragsverhandlungen. Deshalb startet vida unter dem Titel „Gemeinsam vida stark“ eine mehrstufige Mitgliederwerbekampagne.

INFO



Kontakt

christoph.lipinski@vida.at
oder
01/53444-79028

Das vida-Quiz

Hätten Sie das gewusst?

Darf's noch ein Schluckerl, eine Zigarette oder vielleicht ein Kaffee sein? Arbeit macht süchtig, oder nicht? Nein, wir reden nicht unbedingt über Workaholics, sondern generell über Süchte in der Arbeitswelt. Denn Sucht ist in Österreich kein Randgruppenphänomen. Abhängigkeiten und Suchterkrankungen nehmen in unserer Gesellschaft zu – auch am Arbeitsplatz. Ganz oben auf der Liste der häufigsten Süchte: der blaue Dunst und Hochprozentiges. Aber auch andere Formen sind in unserem Land im Vormarsch: von Gambeling über Internetting bis hin zum Shopping. Kennen Sie die Süchte der ÖsterreicherInnen? Testen Sie mit vida Ihr Wissen! Los geht's!

1) Ein Arbeitstag beginnt für viele mit der so genannten „Tschick“. Schätzen Sie, wie viele Menschen in Österreich sind nikotinabhängig?

- A) 30.000 bis 60.000 Menschen
- B) 300.000 bis 600.000
- C) 1,3 bis 1,6 Millionen

2) Nach einem Arbeitstag gönnen sich viele ein kühles

Bier. Dabei ist Österreich ein wahres Bierland. War 1955 der Verbrauch pro Kopf 60 Liter, wie hoch glauben Sie ist die Bierbilanz pro Jahr heute?

- A) über 100 Liter Bier pro Kopf im Jahr
- B) über 60 Liter Bier pro Kopf im Jahr
- C) über 30 Liter Bier pro Kopf im Jahr

3) Und am nächsten Tag folgt der Kater. Wie viele Menschen in unserem Land gelten als alkoholkrank?

- A) 3.000 Menschen
- B) 33.000 Menschen
- C) 330.000 Menschen

4) Ein Mittel für jedes Wehwechen. Achtung, Medikamentensucht im Vormarsch. Was glauben Sie, viele Menschen in

Österreich sind medikamentenabhängig?

- A) 1 bis 1,3 Millionen Menschen
- B) 110.000 bis 130.000 Menschen
- C) 10.000 bis 30.000 Menschen

5) Versuchen Sie Ihr Spiel. Aber Vorsicht, Glücksspiel kann süchtig machen. Schätzen Sie, wie viele Menschen in unserem Land gelten als pathologisch spielsüchtig?

- A) 400 bis 600 Menschen
- B) 4.000 bis 6.000 Menschen
- C) 40.000 bis 60.000 Menschen

6) Auch das Internet kann zur Sucht werden – ob im Alltag oder am Arbeitsplatz. Raten Sie, wie viele Menschen in Österreich sind internetabhängig?

- A) 60.000 Menschen
- B) 6.000 Menschen
- C) 6 Millionen Menschen

7) Der Name hält was er verspricht: Kaufrausch. Immer mehr Menschen neigen zu exzessiven Konsumverhalten. Wie viele sind es, glauben Sie?

- A) 2 Prozent
- B) 7 Prozent
- C) 27 Prozent

Und was Süßes ganz zum Schluss. Wussten Sie, das Österreich mit 8 kg Schoko im Jahr pro Kopf am 6. Platz der schoko-süchtigsten Nationen rangiert?!

Richtige Antwort:
1) 1,3 Mio. bis 1,6 Mio. Menschen lt. Anton-Proksch-Institut; 2) 105,2 Liter Bier-Verbrauch pro Kopf im Jahr 2009 lt. Statistik Austria, Verband der Brauereien Österreichs; 3) 330.000 Menschen lt. Anton-Proksch-Institut; 4) 110.000 bis 130.000 Menschen lt. Anton-Proksch-Institut; 5) 40.000 bis 60.000 Menschen lt. Anton-Proksch-Institut; 6) 60.000 Menschen lt. Anton-Proksch-Institut; 7) 27 Prozent lt. AK/Gallup 2010

Foto: Fotolia/photobility

Automatenspiel

Spielsucht: Game over

Über falsche Freunde zum Automatenspielen gekommen, regelmäßig seinen Lohn verspielt und damit in eine Lügenspirale geraten - das ist Tareks Geschichte.

Tarek H.* ist 19 Jahre alt, ein sympathischer junger Mann, Kommunikationstechniker in Ausbildung, der mit beiden Beinen fest im Leben steht. Doch das war nicht immer so. Vor drei Jahren kam Tarek über seinen Freundeskreis zum Automatenspielen. Die Gruppe traf sich regelmäßig in Wettcafés und frequentierte dort auch die Automaten. Zuerst war Tarek skeptisch, doch dann hat er es selbst einmal probiert: „Ich habe fünf Euro gesetzt und hatte gleich Teufelsglück“, erinnert sich der junge Mann. Der Automat spuckte 300 Euro Gewinn aus.

Tägliche Wetten. Die Büchse der Pandora war geöffnet. Ab diesem Tag ging Tarek täglich ins Wettcafé und verspielte alles, was er hatte. Sein damaliger Monatslohn von rund 1.200 Euro war meist innerhalb von einer Stunde verspielt. Doch dazwischen gab es auch immer wieder Gewinne, die der Sucht neuen Nährboden boten. Bei einer Glückssträhne sahnte er einmal mehrere tausend Euro ab, die dann beim Shoppen und

Feiern mit Freunden ausgegeben wurden. Der Großteil des Gewinns wurde aber wieder im Automaten versenkt.

Lügennetz. „Nach Hause hätte ich das Geld nicht bringen können, meine Mutter hätte es zerrissen“, erzählt Tarek. Vor seiner Familie wurde seine Sucht verheimlicht – eine Lüge folgte der anderen, und das Netz zog sich enger zusammen für den jungen Mann, der auch im Freundeskreis bereits Schulden gemacht hatte. Als er zum fünften Mal in Folge seinen kompletten Monatslohn verspielt hatte, entschloss er sich schließlich reinen Tisch zu machen: „Ich hatte große Angst, meiner Mutter die Wahrheit zu sagen, doch ich sah keinen anderen Ausweg mehr.“ Tareks Mutter hörte sich die Beichte ihres Sohnes an und sparte auch nicht mit Vorwürfen, sicherte ihm aber dann ihre Unterstützung zu.

Ab sprung geschafft. Tarek wechselte seinen Freundeskreis, den er heute als Ursache für seinen Abstieg sieht,



Ein Alarmsignal: Die Zahl minderjähriger SpielerInnen an Automaten steigt laut einer Studie.

mied mehrere Monate lang konsequent Wettcafés und Lokalitäten mit Automaten und schaffte so den Absprung. Heute steht er Wettlokalen sehr distanziert gegenüber: „Ab und zu gehe ich immer noch in Wettcafés, aber nur um Matches anzuschauen“, so Tarek. Am Spielen hat er kein Interesse mehr: „Ich rühre mit Sicherheit keine Automaten mehr an“, versichert der junge Mann.

ines.schmied-binderlehner@vida.at

INFO

Spielsucht in Zahlen

Rund 60.000 ÖsterreicherInnen haben gemäß einer aktuellen Studie ein Spielproblem, und die Zahl minderjähriger SpielerInnen steigt. 40 Prozent der Personen, die sich bei der Spielsuchthilfe melden, haben vor ihrem 18. Lebensjahr zum Spielen angefangen. Die durchschnittliche Verschuldung beträgt 40.000 Euro.

*Name von der Redaktion geändert

Arbeitsplatz in Gefahr?

Recht

vida-Jurist Matthias Schachner über die Gefahr der Entlassung bei Alkohol am Arbeitsplatz.

Sorgen ertrinken nicht in Alkohol. Sie können schwimmen.“ Diesen Satz von Heinz Rühmann kann man nur bestätigen. Wenn es ums Arbeitsleben geht, dann ist Alkohol zudem die Ursache neuer Sorgen und Probleme. Die Folgen reichen hierbei von einer (saftigen) Verwaltungsstrafe über eine Kündigung bis zur Entlassung. So besteht ein allgemeines (öffentlich-rechtliches) Alkoholverbot für alle ArbeitnehmerInnen, wenn sie sich oder andere Personen in Gefahr bringen könnten. Die Geldstrafen können hier bis zu 218 Euro betragen. Im Wiederholungsfall steigt die Strafe auf bis zu 360 Euro. Unabhängig davon, ob

man jemand in Gefahr bringen könnte, gibt es noch die „besonderen“ (öffentlich-rechtlichen) Alkoholverbote. Diese betreffen LenkerInnen von Fahrzeugen und Schiffen und setzen – verkürzt – den Grenzwert bei 0,1 Promille fest. Für TriebfahrzeugführerInnen gilt, dass sie das Triebfahrzeug nicht bedienen dürfen, wenn sie durch Alkohol beeinträchtigt sind.

Die Konsequenzen. Arbeitsrechtlich schwebt – neben der Kündigung – auch immer eine berechnete Entlassung über dem



bzw. der ArbeitnehmerIn. Da die meisten Entlassungsgründe ein Verschulden voraussetzen, unterscheidet hier die Rechtsordnung grundsätzlich zwischen schuldhaftem Alkoholmissbrauch und Alkoholisimus als Krankheit.

fahrzeugen erforderlich. Wobei gerade hier auch anzumerken ist, dass eine Entlassung wohl im Regelfall auch dann berechnete ist, wenn dem Berufskraftfahrer die Lenkerberechtigung aufgrund einer privaten Alkoholfahrt entzogen wird.

Bei Alkoholsucht. Den Arbeitgeber trifft grundsätzlich die Fürsorgepflicht gegenüber seinen MitarbeiterInnen. Erfährt er, dass ein Beschäftigter alkoholsüchtig ist, hat er grundsätzlich den Betroffenen so einzusetzen, dass dieser sich selbst, aber auch ArbeitskollegInnen oder dritte Personen nicht gefährdet. Doch auch Alkoholisimus ist kein Persilschein; so kann der bzw. die ArbeitnehmerIn dennoch entlassen werden, wenn er jegliche Therapie und Hilfe verweigert oder die Therapie so lange dauert, dass sie dem Arbeitgeber nicht mehr zugemutet werden kann.

Bei Verschulden. Bei den verschuldensabhängigen Entlassungsgründen wird oft – aber nicht immer – eine vorangehende Verwarnung durch den Arbeitgeber gefordert. Keine Verwarnung ist – wohl zu Recht – beim alkoholisierten Fahren von Dienst-

matthias.schachner@vida.at

Und täglich grüßt das „Suchttier“

Sucht ist ein Thema, das jeden Menschen und Betrieb treffen kann. Wie ist es in unserer Arbeitswelt um Süchte und deren Gefahren bestellt? Wie kann der Kreislauf durchbrochen werden? vida hat nachgefragt.

Beginnt Ihr Arbeitstag mit einem starken Kaffee und einer Zigarette? Sie fragen sich, ob schon die Sucht zugeschlagen hat? Ja, die Grenzen zwischen Genuss und Abhängigkeit sind fließend, auch im Arbeitsalltag. Also, wie merke ich, dass ich überhaupt süchtig bin? Und von welchen Suchtgefahren sind die Beschäftigten in den heimischen Betrieben betroffen? Wir konnten darüber mit Dr. Artur Schroers, Leiter des Instituts für Suchtprävention der Sucht- und Drogenkoordination Wien, sprechen.

Hochprozentiges. Oft beginnt es mit einem Schluck und manchmal ist dieser zuviel. Die Rede ist von Alkohol. Denn Alkohol gehört zum gesellschaftlichen Alltag – auch im Betrieb, weiß Suchtexperte Schroers: „Ungefähr fünf Prozent aller Beschäftigten haben problematischen Alkoholkonsum. Das spiegelt auch in etwa die Verteilung in der Gesamtbevölkerung wider.“ Aber nicht nur Alkohol begegnet uns im Arbeitsalltag, man denke beispielsweise an die 1,6 Millionen Nikotinabhängigen in unserem Land, um nur ein weiteres Suchtmittel zu nennen.

Druckventil. Suchterkrankungen machen vor keinem Alter und keiner sozialen Schicht halt. Je belastender bzw. gefährlicher ein Job ist, desto höher ist die Suchtgefahr. Oft ist es auch die Angst arbeitslos zu

werden bzw. keinen Job zu finden. Aber auch fehlende soziale Integration oder Schulden sind belastend. Außerdem gibt es Branchen, die stärker von Sucht betroffen sind, insbesondere was den Konsum von Alkohol betrifft, „wie etwa das Bau- und Bauhilfsgewerbe, Sicherheitsdienste wie Polizei, Gastronomie, Transport und öffentlicher Verkehr. Die MitarbeiterInnen des Sozial- und Gesundheitsbereiches sind von dieser Problematik weniger betroffen“, zitiert Schroers aus Studien.

Alarmglocken. Doch wann sind wir süchtig? „Bevor wir von einer Abhängigkeit bzw. Suchterkrankung sprechen, gibt es den riskanten, also auffälligen Konsum, wo bereits große Mengen an Suchtmitteln zu sich genommen werden“, erklärt der Suchtexperte. Bei der Suchterkrankung gibt es ärztliche Diagnosekriterien: ein starkes Verlangen nach dem Suchtmittel, Entzugserscheinungen und es entwickelt sich eine Toleranzentwicklung. Das heißt, man muss immer mehr konsumieren, um den gewünschten Effekt zu erreichen. Und schließlich treten andere Interessen in den Hintergrund. Wenn mindestens drei dieser Kriterien erfüllt sind, liegt eine Suchterkrankung vor.

Kreislauf. Wenn die Grenze zwischen Genuss und Abhängigkeit überschritten ist, hat das nicht nur Folgen für den/die Betroffene/n. „Für die einzelne



Person ist sicherlich ganz viel Leid mit einer Suchterkrankung verbunden. Aber auch Kolleginnen und Kollegen sind betroffen. Es können Ausfallzeiten anfallen, es werden vielleicht gewisse Arbeiten nicht erledigt, die dann andere übernehmen müssen, die Produktivität lässt mitunter nach. Es gibt also Gesamtbelastungen für Betrieb und Belegschaft“, so der Experte. Es dauert bis eine Sucht ans Tageslicht kommt. Manchmal werden Süchte von KollegInnen entdeckt, bevor es sich der/die Betroffene selbst eingestehen will bzw. kann. Wenn zum Beispiel die Leistung abfällt oder hohe Fehlzeiten vorliegen, wenn Auffälligkeiten im Verhalten auftreten, oder wenn man merkt, die betroffene Person kann nicht wie gewohnt mit Belastungen umgehen. Was tun?

Vertrauen. Beim Thema Sucht sind gegenseitiges Vertrauen und Offenheit wichtige Erfolgsfaktoren, weiß Schroers. Auch wenn es heikel und schwierig ist, sollte das Gespräch gesucht werden. Vorgesetzte sollten zudem wissen, dass sie eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren MitarbeiterInnen haben. Wichtig ist auch, dass Betroffene im Arbeitsprozess bleiben. Eine Kündigung löst das Problem nicht. Denn Suchtgefahr und Rückfallquote sind bei Langzeitbeschäftigungslosen wesentlich größer. Als Vertrauensperson im Betrieb kommt den BetriebsrätInnen eine sehr wichtige Rolle zu. Und noch etwas ist wichtig: Vorsicht ist besser als Nachsicht. Schroers rät schon früh anzusetzen. Prävention ist das Stichwort.

Mit Tabu brechen. In vielen Betrieben gibt es bereits Maßnahmen, die die Gesundheit am Arbeitsplatz fördern – Stichwort Work-Life-Balance. Gezielte Vorgangsweisen wären etwa, über Themen wie Alkohol am Arbeitsplatz aktiv zu informieren, oder sich generell gegen Alkohol am Arbeitsplatz auszusprechen und betriebliche Feiern mit alkoholischen Getränken außerhalb der Arbeitszeit zu organisieren. Wichtig sei auch, Interventionsschritte festzuschreiben und Leitfäden für Gespräche zur Verfügung zu stellen. Also, nicht aus falsch verstandener Hilfsbereitschaft wegschauen, decken, verdrängen, schützen oder hoffen – und das vielleicht sogar jahrelang. Sondern: Vertrauen schaffen, offen reden, informieren und aktiv werden. Das nützt allen was – nicht nur den Betroffenen, sondern dem gesamten Unternehmen.

marion.tobola@vida.at

Ein Erfolgsrezept: Offen darüber reden und Sucht gemeinsam bekämpfen.



INFO



Hilfe und Unterstützung

Institut für Suchtprävention der Sucht- und Drogenkoordination Wien (ISP)
Tel.: (01) 4000 87320
E-Mail: info@sd-wien.at

<http://isp.drogenhilfe.at>

ArbeitnehmerInnenschutz in der Gewerkschaft vida
Tel.: (01) 53444 79 596
E-Mail: arbeitnehmerInnenschutz@vida.at

www.vida.at

Rauchen am Arbeitsplatz

„Rauchen am Arbeitsplatz“ ist ein viel diskutiertes Thema. In den letzten Jahren hat sich auf gesetzlicher Ebene einiges verbessert, um ArbeitnehmerInnen vor dem „blauen Dunst“ zu schützen.

In Österreich gibt es mehrere Gesetze, die ArbeitnehmerInnen vor rauchenden KollegInnen und Gästen schützen. Das sind das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz und das Tabakgesetz. Individuelle Regelungen werden durch die Betriebsvereinbarungen getroffen. „Grundsätzlich lautet die Hauptprämisse, ArbeitnehmerInnen müssen vor den Einwirkungen von Tabakrauch geschützt werden“, meint Peter Traschkowitsch, der sich in der Gewerkschaft *vida* mit dem Thema „Arbeitnehmer-schutz“ intensiv beschäftigt. Die meisten Unternehmen erfüllen die gesetzlichen Anforderungen durch technische Maßnahmen, wie zum Beispiel das Aufstellen von Kabinen für RaucherInnen, die ein Abluftsystem haben, das die rauchhaltige Luft absaugt. Generelles Rauchverbot gibt es an öffentlichen Orten, wie Einkaufszentren, Bahnhöfen, Schulen und in Spitälern.



Kaffeehaus. Für die Gastronomiebetriebe gibt es seit 1. Jänner 2009 Regelungen, die im Tabakgesetz verankert sind. „Bei Lokalen mit nur einem Raum, der kleiner als 50 Quadratmeter ist, gilt für den Besitzer Wahlfreiheit. In größeren Lokalen mit mehreren Räumen muss es räumliche Abtrennungen für RaucherInnen und NichtraucherInnen geben“, erklärt Traschkowitsch. Für die Beschäftigten in der Gastronomie und Hotellerie gibt es besondere Schutzbestimmungen, die im Kollektivvertrag geregelt sind. „So zum Beispiel die Dienstfreistellung für gesundheitsfördernde Maßnahmen oder für Untersuchungen und diagnostische Maßnahmen im Zusammenhang mit Passivrauch am Arbeitsplatz“, erläutert der ArbeitnehmerInnenschutzexperte der Gewerkschaft *vida*. Außerdem dürfen in der Gastronomie beschäftigte werdende Mütter in Räumen, in denen sie der Einwirkung von Tabakrauch ausgesetzt sind, nicht arbeiten. Für den Zeitraum des Beschäftigungsverbot besteht Anspruch auf Wochengeld.



Eine Betriebsvereinbarung zur Gesundheitsförderung ist die langfristig sinnvollste Maßnahme.

Betriebsvereinbarung. „Die Betriebsvereinbarung ist ein wichtiges Instrument für den Betriebsrat“, sagt Peter Traschkowitsch und ergänzt: „Meiner Meinung nach wäre es in der Praxis am sinnvollsten, eine Betriebsvereinbarung zur betrieblichen Gesundheitsförderung abzuschließen. Dadurch werden Anreize für MitarbeiterInnen

geschaffen, um mit dem Rauchen leichter aufhören zu können.“

Tipps. „Grundsätzlich sollte man miteinander reden und kollegial umgehen. Was das Rauchen als Laster an sich betrifft, sollten sich die Betroffenen einfach die monatlichen Ausgaben fürs Rauchen vor Au-

gen führen. Da sieht man dann erst, was man sich mit dem Geld sonst leisten könnte“, schlägt Traschkowitsch vor und ergänzt schmunzelnd: „Wenn man es dann wirklich schafft, weniger zu rauchen, kann man sich mit dem ersparten Geld eine besondere Belohnung kaufen.“

patrick.nikitscher@vida.at

Rauchen ade

Das Rauchertelefon und viele weitere Programme der Sozialversicherung helfen beim Aufhören.

Insgesamt 43,4 Prozent der österreichischen Bevölkerung greifen laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO gelegentlich oder regelmäßig zur Zigarette. 12.000 bis 14.000 Menschen sterben allein in Österreich jährlich an den Folgen tabakbezogener Erkrankungen. Auch wenn die Zahlen erschreckend sind und die Warnhinweise auf den Zigarettenpackungen immer größer werden, schaffen es viele nicht aufzuhören. Denn nur allzu oft stellt sich die Frage nach dem wie. Um dies zu beantworten ist nun seit fünf Jahren das Rauchertelefon (www.rauchertelefon.at) in Betrieb.



Die VAEB macht mit ihrer Kampagne Mut und Lust auf ein rauchfreies Leben.

Unter der Nummer 0810 810 013 berät von Montag bis Freitag von 10:00 - 18:00 Uhr ein gesundheitspsychologisches Team am Telefon. Speziell ausgebildete Klinische- und Gesundheitspsychologinnen bieten telefonische Beratung und Begleitung beim Rauchstopp,

individuelle Nachbetreuung in der ersten rauchfreien Zeit, Informationen zum Thema Tabak bzw. Nikotin und bei Bedarf auch Weitervermittlung.

Vielschichtig. Die Tabakentwöhnungsangebote der Sozialversicherung umfassen neben

dem Rauchertelefon ambulante und stationäre Programme. Neun der 13 großen Krankenkassen sowie die Pensionsversicherungsanstalt bieten derzeit Raucherentwöhnungsprogramme an. Seit Bestehen des Rauchertelefons haben rund 8500 Österreicherinnen und Österreicher ihre Chance genutzt und die telefonische Beratung in Anspruch genommen. Laut der fachlichen Leiterin des österreichweiten Rauchertelefons sind ein Drittel der Beratenen rauchfrei, ein weiteres Drittel hat reduziert!

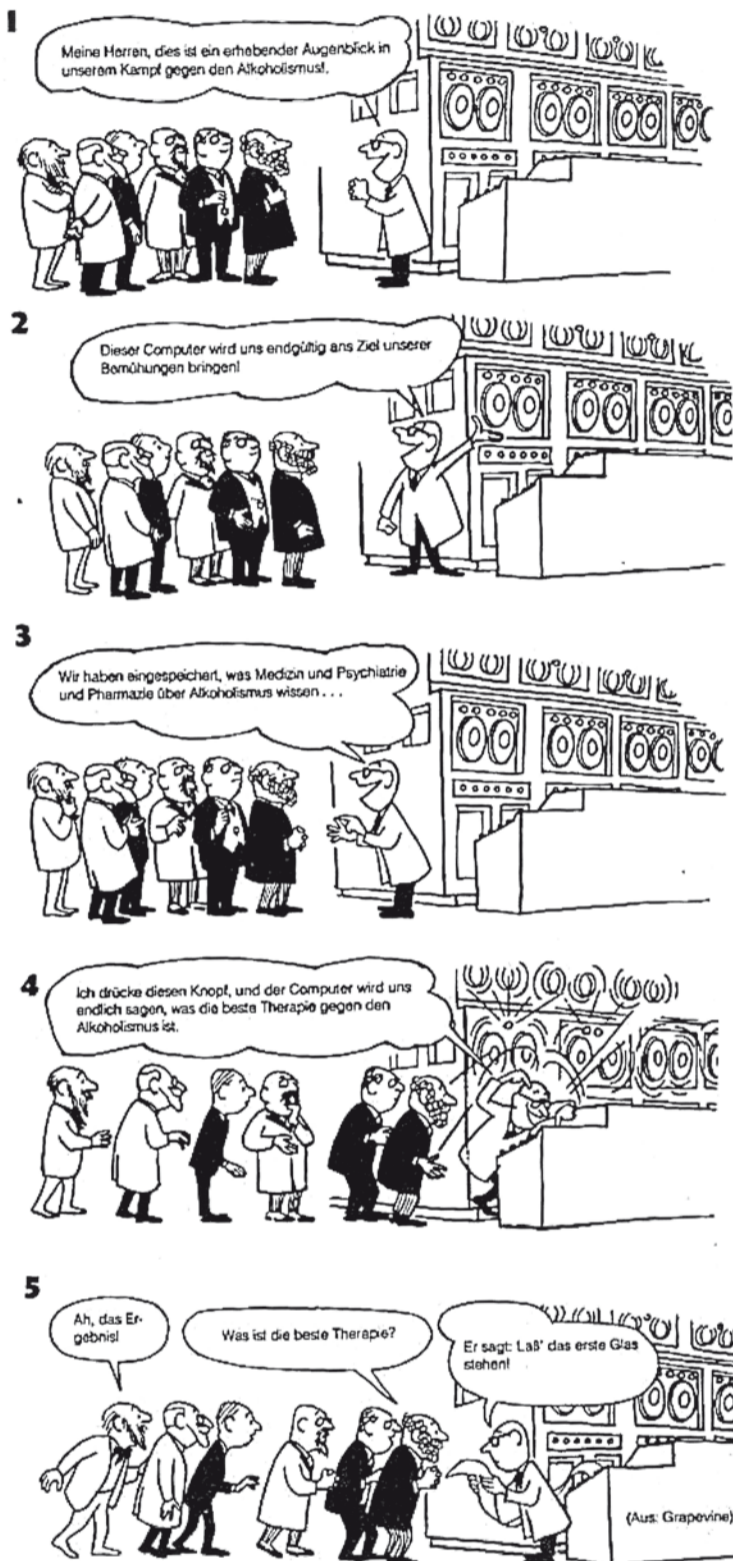
VAEB-Kampagne. Ab Herbst 2011 startet auch die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau mit einer neuen Kampagne zur Raucherentwöhnung. Gottfried Winkler, Obmann der VAEB: „Das abschreckende Aufdrucke und Botschaften wenig nützen, ist bekannt. Unsere Kampagne nähert sich dem Thema deshalb

sozusagen von der anderen Seite.“ Auf den Plakaten abgebildet werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die erfolgreich an einer Raucherentwöhnung am Josefhof der VAEB teilgenommen haben. Versehen mit der eigenhändigen Unterschrift, dem Alter und dem Beruf bekommt diese Plakatserie zusätzlich eine persönliche Note. Winkler: „Mit dieser großen Raucher-Infoaktion möchte die VAEB allen aufhörwilligen Rauchern Mut machen und das Thema Gesundheit am Arbeitsplatz erneut ansprechen.“ Weiters kann man den Plakaten Informationen über die Raucherentwöhnung entnehmen. Als besonderen Anreiz gibt es unter allen entwöhnungswilligen VAEB-Versicherten eine Verlosung, bei der es einen umfangreichen Gesundheitscheck für drei Personen mit Übernachtung am Josefhof zu gewinnen gibt.

alice.wittig@vaeb.at

Alkohol, Alkis, Alkoholismus – AA

Nüchterne Gedanken zweier anonymer Alkoholiker zum Thema Alkohol und zum Selbstverständnis der Gemeinschaft der Anonymen.



Sieben Gründe um zu sich zu betrinken: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. Und zwar genau in dieser Reihenfolge. Ob Sonnenschein oder Regen, tragische Schicksalsschläge oder himmelhoch jauchzende Glücksfälle, wer zum Alkohol neigt, wird immer einen Grund finden, Trost oder Belohnung im Glas zu finden.

Bin ich vielleicht ... Alkoholiker?!

Ob ich mich dazu bekenne Alkoholiker zu sein oder nicht, entscheide nur ich selbst. Es ist egal, wie lange ich schon trinke. Oder: welchen Alkohol, wie oft und zu welcher Tages- oder Nachtzeit ich zu mir nehme. Wesentlich ist nur: was macht der Alkohol mit mir?! Mache ich mir Gedanken, ob ich heute maximal ein Bier ein Achterl oder was auch immer trinken werde? Niemand muss schwerste körperliche Schäden davon getragen haben, um Alkoholiker zu sein. Es reicht, dass die Gedanken oft und oft um diesen Stoff kreisen. Die Entscheidung: bin ich Alkoholiker oder nicht, liegt bei mir. Die Erkenntnis mag unangenehm sein, Ängste hervorrufen - doch es gibt eine Lösung.

Was ist ein Alkoholiker? Der unheilvolle Kreislauf. Alkoholiker ist, wer zwanghaft alkoholische Getränke trinkt, um einen von ihm gewünschten seelischen Zustand zu erreichen. Am Beginn steht immer die Sehnsucht, am Ende die Sucht. Die Sehnsucht nach Ruhe, nach Ent- und Ausspannen, nach einem anderen, liebenden Menschen, der einen versteht. Die Sehnsucht nach der besonderen Leichtigkeit des Seins. Im günstigsten Fall bringt das Trinken einige der herbeigeh-

sehnten Augenblicke. Und nach diesen Augenblicken hat sich das Trinken schon verselbständigt. Der sogenannte Trinkzwang bedeutet zweierlei: Der Mensch kann weder für längere Zeit noch dauerhaft ohne alkoholische Getränke auskommen. Die werden dann Fixbestandteil des Lebens, treten unter den verschiedensten Voraussetzungen ins Leben, und wenn sie nicht ins Leben treten, werden sie von einem selbst ins Leben geholt. Niemand kann dann mehr bestimmen, ob er heute oder morgen mit dem Trinken aufhört. Das ergibt sich, oder es ergibt sich nicht oder es passiert – oder eben nicht. Im weiter fortgeschrittenen Stadium der Krankheit vergeht kein Tag ohne Alkohol und dann kein Tag ohne viel Alkohol. Dann ernährt man sich nur noch von Alkohol und dann kommt man ins Spital, um entgiftet zu werden... und dann kann es doch wieder sein, dass...

Alkoholismus ist eine schwere fortschreitende und tödliche

Krankheit, die nacheinander Seele, Geist und Körper angreift.

Unser Selbstverständnis in Kürze. Die Anonymen Alkoholiker (AA) sind eine Gemeinschaft von Männern und Frauen, die miteinander ihre Erfahrung, Kraft und Hoffnung teilen, um ihr gemeinsames Problem zu lösen und anderen zur Genesung vom Alkoholismus zu verhelfen. Die einzige Voraussetzung für die Zugehörigkeit ist der Wunsch mit dem Trinken aufzuhören. Die Gemeinschaft kennt keine Mitgliedsbeiträge oder Gebühren, sie erhält sich durch eigene Spenden. Sie ist mit keiner Sekte, Konfession, Partei, Organisation oder Institution verbunden, sie will sich weder an öffentlichen Debatten beteiligen noch zu irgendwelchen Streitfragen Stellung nehmen. Der Hauptzweck ist, nüchtern zu bleiben und anderen Alkoholikern zur Nüchternheit zu verhelfen.

Ursula und Manfred

KONTAKTE

Internet
www.anonyme-alkoholiker.at

Telefon

Region	Kontaktzeiten	Telefon
Kärnten	18 bis 21 Uhr	0664 350 63 29
Oberösterreich	18 bis 21 Uhr	0664 207 20 20
Osttirol	08 bis 22 Uhr	0676 376 84 70
Salzburg	08 bis 20 Uhr	0699 111 31 680
Steiermark	18 bis 21 Uhr	0316 / 57 47 40
Südtirol	18.30 bis 21.30 Uhr	0039 / 348 / 245 99 29
Tirol	19 bis 22 Uhr	0664 516 58 80
Vorarlberg	19 bis 22 Uhr	0664 488 82 00
Wien, NÖ, Burgenland	18 bis 21 Uhr	01 799 55 99

Foto: Fotolia/Matthias Entner

ÖBV Herbstlauf im Prater

Die Österreichische Beamtenversicherung (ÖBV) veranstaltet gemeinsam mit dem Eisenbahnersportverein (ÖES) am 1. Oktober in der Praterhauptallee ihren traditionellen Herbstlauf. Die EisenbahnerInnen sowie alle Laufbegeisterten sind herzlich zu diesem Sportevent in familiärer Atmosphäre eingeladen. Wie jedes Jahr gibt es einen Einzellauf über 10 km und einen Teamlauf über 6 km für drei Personen.

Mit ÖES-Meisterschaften. Eine eigene Wertung für Mitglieder des ÖES macht den Lauf für EisenbahnerInnen besonders interessant. Die ÖBV beweist damit einmal mehr ihre traditionell

gewachsene Verbundenheit mit dieser Berufsgruppe und der Gewerkschaft vida.

Laufen Sie mit! „Der ÖBV Herbstlauf ist eine gute Gelegenheit, etwas für die eigene Fitness zu tun“, so Vitaltrainer Rudolf Kastner. Und „außerdem kann man KollegInnen und Freunde in entspannter Atmosphäre treffen und gleichzeitig einen Beitrag dazu leisten, ein paar Kilo loszuwerden“, ergänzt ÖBV Mitarbeiter Helmut Mitterholzer, mit Kastner Hauptorganisator der Laufveranstaltung. Über 100 TeilnehmerInnen gingen 2010 an den Start. „Heuer sollen es noch mehr werden“, wünschen sich die Organisatoren. Neben der Vergabe von Pokalen

werden unter allen TeilnehmerInnen tolle Sachpreise wie Reisen verlost.

INFO

Nähere Informationen und Anmeldung

www.oebv.com, unter 01/401 20-1850 oder 06991/9220863. Startgeld: 15 € (Einzellauf), 30 € (Pro Team) Nachanmeldung gegen eine Aufgebühr von 5 € am 1. Oktober bis eine Stunde vor Beginn möglich. **Anmeldeschluss:** 26. September 2011

Fitness-Tipp



Machen Sie mit beim Herbstlauf - am besten gleich im Team!

Foto: ÖBV

Für eine langfristige Lösung

Die Regierung hat die Finanzierung der Pflege und Betreuung bis 2014 durch zusätzliches Geld aus dem Budget abgesichert. vida und die GPA-djp denken weiter und haben ein solidarisches Modell für die Zeit danach erarbeitet.

Haben Sie schon überlegt, wer Sie bei Pflegebedürftigkeit im Alter einmal versorgen wird? Vor fünf Jahren ist die Debatte um den „Pflegetotstand“ in unserem Land aufgeflammt. Auch wenn dieser Begriff, der in Wahlkampfzeiten entstand, das Problem etwas zugespitzt darstellt: Tatsache ist, dass das Angebot an professioneller Pflege und Betreuung unzureichend ist. Durch die Alterung der Gesellschaft wird der Bedarf in den nächsten Jahren weiter steigen.

Ungerecht. Unser System der Pflegefinanzierung enthält außerdem große Ungerechtigkeiten. Für die Kosten eines Pflegeplatzes wird auf das gesamte Vermögen von Pflegebedürftigen zurückgegriffen. Bei Pflegefällen gilt damit aktuell eine Vermögenssteuer von bis zu hundert Prozent. „Das mühsam ersparte Eigenheim des kleinen Pensionisten kann da schnell weg sein. Wer dagegen das Glück hat, bis ins hohe Alter gesund zu bleiben, zahlt null Vermögenssteuer. Selbst

wenn er eine große Villa und noch ein paar Zinshäuser besitzt“, erklärt vida-Vorsitzender Rudolf Kaske.

Neues Modell. vida und die GPA-djp haben ein neues Modell für einen Pflegefonds entwickelt, das diese Ungerechtigkeit beseitigt: „Wir wollen nicht, dass der einzelne Pflegebedürftige um sein gesamtes Hab und Gut fürchten muss. Stattdessen setzen wir auf eine solidarische Finanzierung der Pflegekosten durch die gesamte Gesellschaft, wobei die Reichen natürlich einen größeren Anteil tragen müssen“, sagt Kaske.

Finanzierung. Die Haupteinnahmequelle im vida/GPA-djp-Modell sind vermögensbezogene Steuern. Eine Vermögenssteuer brächte nach ÖGB-Berechnungen drei Milliarden Euro. Eine Milliarde davon soll in den Pflegefonds fließen. Zusätzlich sieht das Modell eine reformierte Erbschaftssteuer vor sowie für jene, die ihr Vermögen in Stiftungen geparkt haben, eine Erbsatzsteuer. Dabei geht es um die Besteuerung großer Erbschaften. BezieherInnen besonders hoher Einkommen sollen durch höhere Spitzensteuersätze einen Beitrag in den Pflegefonds leisten. Bei den bestehenden Steuern auf gesundheitsschädliche Produkte wie Alkohol und Tabak verlangen vida und die GPA-djp, dass ein Teil der Einnahmen für den Pflegefonds verwendet wird.

Was bringt's? „Wir gehen davon aus, dass 2020 rund zwei Milliarden Euro mehr als derzeit für Pflege und Betreuung nötig sind. Diese Mehrkosten sind durch unser Pflegefonds-



Foto: Fotolia/Robert Kneschke

Wer einen Pflegeplatz braucht, muss derzeit oft auch seine Ersparnisse hergeben.

modell gedeckt“, sagt der stellvertretende vida-Vorsitzende Willibald Steinkellner. Mit dem Geld sollen das Angebot an Pflege und Betreuung ausgebaut und die Arbeitsbedingungen in der Branche verbessert werden. Wichtig sind den Gewerkschaften auch höhere Löhne für die Beschäftigten. „Derzeit liegen die Einkommen in Pflege und Betreuung um rund 17 Prozent unter

dem branchenübergreifenden Durchschnittseinkommen. Das muss sich ändern“, sagt vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger.

Druck machen. In einer ersten Reaktion haben sich bereits einige Organisationen zustimmend zum Pflegefonds-Modell von vida und der GPA-djp geäußert – darunter die Armutskonferenz und die Volkshilfe.

„Jetzt geht es darum, unsere Ideen für die nachhaltige Finanzierung der Pflege zu verbreiten, damit auch die zuständigen PolitikerInnen in Bund, Ländern und Gemeinden erkennen: Zurücklehnen bis 2014 ist keine Lösung, am raschen Beschluss eines solidarisch finanzierten Pflegefonds führt kein Weg vorbei“, sagt Kaske.

martina.fassler@vida.at

Wie der Kostenanstieg für die Pflege solidarisch finanziert werden kann

Das GPA-djp/vida-Modell sieht die Einrichtung eines bundesweiten „Pflege- und Betreuungsfonds“ vor. Neben den derzeitigen Mitteln für die Pflegefinanzierung soll dieser vorrangig aus vermögensbezogenen Steuern gespeist werden.

Konkret sieht das Modell folgende Finanzierungsaufteilung vor:

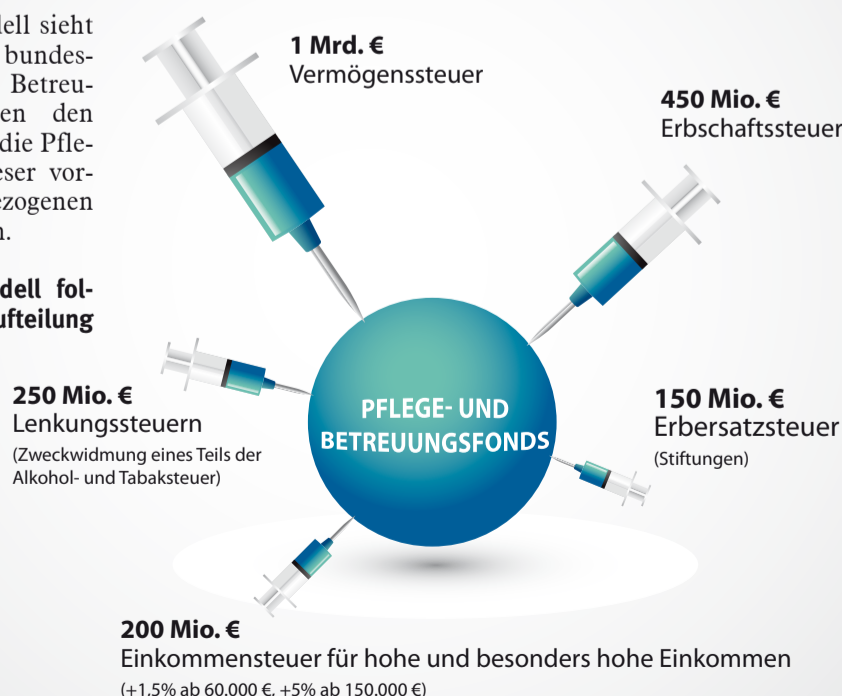


Foto: Fotolia/CNW

Statt dem einzelnen Pflegebedürftigen die Kosten aufzulasten soll die Gesellschaft solidarisch die Pflege finanzieren.

VERANSTALTUNGSTIPP



Enquete „Soziale Arbeit ist mehr wert!“

Die Arbeitsbedingungen in Pflege und Betreuung sowie das vida/GPA-djp Modell für einen Pflegefonds stehen im Mittelpunkt einer Veranstaltung am 19. September 2011 in Wien. (11:00 bis 16:00 Uhr, BIZ, Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien. Anmeldung unter: soziale.dienstleistungen@vida.at, Details zur Veranstaltung finden Sie unter www.vida.at)

Radeln auf Schienen

Mitten im Burgenland, auf zirka 23 Kilometer Länge, kann das Sonnenland Mittelburgenland per Fahrraddraisine* erkundet werden.



Es stehen verschiedene Draisinenmodelle zur Auswahl.

Vorbei an Weingärten, Sonnenblumenfeldern, schattigen Wäldern, weit ausladenden Feldern und romantischen Dörfern führt die Draisinenstrecke. Entlang der Strecke gibt es viel zu entdecken, wie z.B. die Ausstellung „Natur auf der Spur“ im Schloss Lackenbach.

Burgenländische Spezialitäten. Für das leibliche Wohl der Gäste ist natürlich auch gesorgt.

Am Bahnhof Markt St. Martin warten z.B. schmackhafte Draisinenbrote sowie knusprige Schnitzerl. Für größere Gruppen werden auf Wunsch verschiedene köstliche Mittagsbuffets angeboten.

Im „Magazin“ in Stob werden hausgemachte Strudel oder andere burgenländische Spezialitäten serviert. Die „Bahnhofsbackerei“ in Lackenbach verwöhnt die Gäste

mit hausgemachten Mehlspeisen und zahlreichen Eisvariationen. Für die Kleinen gibt es hier eine „XXL-Sandkiste“, wo die heranwachsenden Künstler ihrer Fantasie freien Lauf lassen können. Gerne hilft das Team der „sonnenland draisinentour gmbh“ bei der Organisation Ihres Familien-, Vereins- oder Betriebsausfluges. Bei Anfrage können spezielle Gruppentouren angeboten werden.

*** Was ist eine Fahrraddraisine?** Wie ein Fahrrad wird die Draisine mit Pedalen angetrieben und läuft auf dem Gleis wie eine Eisenbahn. Je nach Modell haben auf einer Draisine vier bis zehn Personen Platz.

info@draisinentour.at

INFO



Auskunft und Buchung

sonnenland draisinentour gmbh
Carl Goldmark-Gasse 4
7301 Deutschkreutz
Tel: +43 (0) 2613 / 80 100
E-Mail:
info@draisinentour.at

www.draisinentour.at

Quelle: sonnenland draisinentour gmbh

GEWINNSPIEL

Wir verlosen einen Gutschein für eine **Draisinenfahrt für vier Personen** (einlösbar von Montag bis Freitag). Der/die GewinnerIn erhält von vida einen Gutschein und vereinbart Zeit und Ort der Einlösung des Gewinnes mit der „sonnenland draisinentour gmbh“.

Beantworten Sie folgende Gewinnfrage: **Wie wird die Fahrraddraisine angetrieben?**

Antworten an:

vida/Pressereferat; Kennwort „Draisinentour“, Johann-Böhm-Platz 1, A-1020 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at, Einsendeschluss: 15. September 2011

Neue Medien

Gewerkschaftsradio aufdrehen und mehr erfahren

Auch der vida Podcast ist der Sucht auf der Spur. In der 14. Episode des jungen Gewerkschaftsradio kommt nicht nur ein Suchtexperte zu Wort (siehe auch Interview auf Seite 4). Wir beschäftigten uns in der Radioausgabe mit der steigenden Spiel- und Internetsucht bei jungen Menschen und holen zwei betroffene Jugendliche vors Mikro. Und zum Schluss sprechen wir noch über den „blauen Dunst“ im Berufsalltag. Wie ist es mit den RaucherInnen und Nicht-

raucherInnen in heimischen Betrieben bestellt? Wir haben einen vida-ArbeitnehmerInnenschützer dazu befragt. Und noch ein Tipp: Die nächste vida-Zeitschrift widmet sich dem Thema Jugend und Bildung. Erfahren Sie schon jetzt mehr darüber. Die Episode 15 des vida Podcasts lässt eine Bildungsexpertin zu Wort kommen, informiert über die Themen Bildungskarenz sowie gewerkschaftliche Bildungsarbeit und nimmt die Aus- und Weiterbildungsschiene von

McDonald's Österreich – als ein interessantes Fallbeispiel – genauer unter die Lupe. Also gleich Reinhören und Wissensvorsprung holen!

podcast@vida.at

HÖRTIPP

vida Podcast

Episode 14: Achtung, Suchtgefahr
Episode 15: Mit Bildung voraus

<http://podcast.vida.at>
und via iTunes



Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 - 39744, Fax 01/662 32 96 - 39793, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, [www: http://www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at).

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Herstellungsort: Neudörfel

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Walter Darmstädter, Martina Fassler (Chefredaktion, mf), Hansjörg Miethling, Patrick Nikitscher, Maria Ostermann, Matthias Schachner, Ines Schmied-Binderlehner, Rudolf Srba, Marion Tobola, Alice Wittig, Ursula und Manfred.

Grafik: Peter-Paul Waltenberger (AD), Reinhard Schön (ÖGB-Verlag).

Fotos Titelseite: ÖBB; iStockphoto; fotolia/Robert Kneschke, flucas

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/53444 79 265.

DVR-Nr.: 0046655. **ZVR:** 576 439 352

@ zeitschrift@vida.at

Schreiben Sie uns, wie Ihnen die vida-Zeitschrift gefällt.

Wir freuen uns
• über Ihre Rückmeldungen,
• über Tipps und
• Anregungen.

Schreiben Sie ein E-Mail an:

zeitschrift@vida.at

Oder per Post an die:

Gewerkschaft vida

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

KUNDENSERVICE

WIR SCHAUEN AUF IHR GELD!

Und bieten Ihnen von günstiger Finanzierung über ertragreiche Veranlagung und attraktive Vorsorge bis zum kostenlosen Konto das ideale SPARDA Angebot.

Nähere Informationen erhalten Sie

direkt in der **SPARDA Bank:**

1020 Wien, Nordbahnstraße 5

Telefon 01 / 214 24 51

Basa 880 / 241 88

spardawien@spardawien.at

TOP-ANGEBOTE

www.spardawien.at

SPARDA BANK

EINE MARKE DER BAWAG PSK

topinfo **vida**

www.vida.at

Verkehr

Seite 10-11

Soziale, Persönliche Dienste
und Gesundheitsberufe

Seite 12-13

Private
Dienstleistungen

Seite 14-15

vida-Steiermark

Betriebsratsgründung mit Hindernissen

Betriebsratswahl bei einem steirischen Transporteur: Der Betriebsratsvorsitzende sollte vor die Tür gesetzt werden - das Unternehmen lenkte ein.

Im Oktober 2010 mussten die MitarbeiterInnen des Liezener Transportunternehmens Tatschl für die Vorbereitung der Wahl eines Arbeiterbetriebsrats noch ins Wirtshaus ausweichen. Der Betriebsrat wurde dennoch erfolgreich gegründet. Auch eine Klage gegen den Betriebsratsvorsitzenden und seine von der

sungsrecht ein verbrieftes Recht ist. Eine Betriebsversammlung wurde organisiert und dies sei auch gesetzeskonform im Betrieb ausgehängt und der Geschäftsleitung kommuniziert worden, erklärt Walter Pferschy, vida-Landessekretär in der Steiermark. Der Mitarbeiter sei aber zur Entfernung der Kundmachung im Betrieb aufgefordert und weil er dies ablehnte, gekündigt worden.

„Motivkündigung“. Nach starken Solidaritätsbekundungen durch den ÖGB, AK und vielen BetriebsrätInnen aus anderen lokalen Betrieben ließ sich der gekündigte Beschäftigte nicht einschüchtern und die Betriebsratswahl wurde durchgezogen. „Rechtlich ein Ding der Unmöglichkeit“, weist Pferschy, die Vorgehensweise der Tatschl-Geschäftsführung zurück, weil es sich um eine so genannte „Motivkündigung“ gehandelt habe, die vor dem Arbeitsgericht nicht gehalten hätte - der Gekündigte verzichtete allerdings auf eine Anfechtung.

Wahlanfechtung. Schließlich wurde im Oktober 2010 ein ArbeiterInnenbetriebsrat gegründet, jedoch wurde die Wahl postwendend im November von einigen Tatschl-Beschäftigten, die der Ansicht waren, über die Betriebsratswahl nicht ausreichend informiert worden zu sein, angefochten. „Dies dürfte nicht ausschließlich auf Eigeninitiative dieser sieben MitarbeiterInnen erfolgt sein“, kommentiert Pferschy die später zurückgezogene Anfechtung. Geschäftsleiter Josef Tatschl hielt dazu fest, dass er nichts gegen eine Betriebsratsgründung und auch nichts mit der Wahlanfechtung zu tun habe. (Das Gericht hat am 10. Mai 2011 die Anfechtungsklage in erster Instanz abgewiesen; die Einstellung des Verfahrens ist mittlerweile rechtskräftig).

Tatschl-Geschäftsführung angestrebte Entlassung sind vom Tisch - in manchen Punkten gibt es aber noch unterschiedliche Auffassungen.

Vorgeschichte. Im vergangenen Jahr ergriff ein Tatschl-Mitarbeiter entschlossen die Initiative für die Gründung eines Betriebsrats, was in jedem Betrieb ab fünf Beschäftigten gemäß österreichischem Arbeitsverfas-



Neue Kluft. Jedoch tat sich gleich im folgenden November eine neue Kluft zwischen dem frisch gewählten Betriebsratsvorsitzenden Ernst Schöngruber und der Tatschl-Geschäftsführung auf. Eine Klage auf Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden wurde beim Arbeits- und Sozialgericht eingereicht. Die Klage wurde vom Anwalt der Firma auf drei Monate ruhend gestellt. „Schöngruber ist als Betriebsrat unkündbar und seine Entlassung hätte nur bei Schuld nachweis vom Arbeitsgericht verfügt werden können“, hält vida-Landessekretär Pferschy dazu fest.

Freistellung abgelehnt. Zum Zeitpunkt der Betriebsratswahl waren 178 MitarbeiterInnen bei Transporte Tatschl beschäftigt. vida hat Schöngruber deshalb empfohlen, die ihm in seiner Funktion als gewählter Betriebsrat laut Gesetz zustehende Freistellung in Anspruch zu nehmen (laut Arbeitsverfassungsgesetz ab 150 Beschäftigten möglich, ab 700 Beschäftigten besteht das Recht auf einen zweiten Freistellung; Anmerkung). Die Geschäftsleitung akzeptiert die vollständige Freistellung bis heute nicht, weil sich das Unter-

nehmen dies nicht leisten könnte und weil beabsichtigt sei, den Beschäftigtenstand in Zukunft dauerhaft unter 150 Dienstnehmer zu halten, wurde dem Betriebsratsvorsitzenden und der Gewerkschaft mitgeteilt.

Umdenkprozess. Mittlerweile dürfte beim Tatschl-Geschäftsführer jedoch ein Umdenkprozess eingesetzt haben, wenngleich er trotz gesetzlichen Anspruchs von einer vollständigen Freistellung Schöngrubers noch immer nichts wissen will. Die Klage gegen Schöngruber solle zurückgezogen werden, so Geschäftsführer Tatschl im Gespräch mit vida, wenn er sich bereiterkläre, weiter seiner beruflichen Tätigkeit im Unternehmen nachzukommen. Diesen Schritt begründete der Geschäftsführer auch damit, dass sich die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat gut entwickelt habe und ein Betriebsrat durchaus Vorteile für einen Betrieb haben könne. So sei eine Plattform entstanden, wo man Probleme, wie etwa betreffend die Fahrerausbildung, innerhalb des Betriebs diskutieren könnte.

Vom Betriebsrat profitieren. Betriebsratsvorsitzender Schöngruber macht sich beispielsweise im Betrieb und in der Region für die Ausbildung zum Berufskraftfahrer bzw. Weiterbildungsmaßnahmen für die BerufskraftfahrerInnen stark. „Das ist dringend notwendig“, sagt der Betriebsrat, „denn bereits ab 2014 müssen Lkw-LenkerInnen die von der EU vorgeschriebenen Ausbildungsstandards erfüllen.“ Wer diese dann nicht vorweisen könne, darf nicht mehr ans Steuer. „Dadurch könnte es zu Personalengpässen für die Betriebe kommen“, gibt Schöngruber zu bedenken. Der Betriebsratsvorsitzende hat einen „Qualifizierungsverbund“ für die Beschäftigten bei Transportfirmen in der Umgebung von Liezen organisiert, in dem BerufskraftfahrerInnen diese Ausbildung gemeinsam und kostendämpfend absolvieren können. „Die Unternehmen, die laut Kollektivvertrag für diese Ausbildung finanziell aufkommen müssen, sparen sich so jede Menge Geld. Alleine die Firma Tatschl spart sich dadurch rund 20.000 Euro“, so Schöngruber.



vida-Landessekretär Walter Pferschy (l. i. B.) mit Betriebsratsvorsitzendem Ernst Schöngruber.

Foto: Fotolia/Eisenhans

hansjoerg.miethling@vida.at



Kommentar

Klarstellung zur a.t. Fahrbegünstigung



Foto: ÖBB-Verlag/Paul Sturm

Die Wogen gingen verständlicherweise hoch – leider wurden zur Sachbezugsversteuerung der a.t. Fahrbegünstigung (a.t. FB) viele Falschinformationen verbreitet. Korrekterweise muss man festhalten, dass nach der ÖBB-Zerschlagung im Jahr 2003 das Finanzamt befand, dass die ÖBB nicht mehr als Beförderungsunternehmen im Sinne des Einkommenssteuergesetzes zu behandeln sind und die Steuerbefreiung beim Sachbezug a.t. FB von der Finanz neu bewertet wurde.

Berufung. Die ÖBB haben Berufung eingelegt - aber erst im Herbst 2009 kam es zu einem ersten Verhandlungstermin. Im Vorfeld wurden die ÖBB von der Finanz informiert, dass diese eine Steuerberechnungsgrundlage von 100 Prozent des Österreich Card-Werts anstrebt. In schwierigen Verhandlungen erreichten wir, dass es keine Steuernachforderungen geben wird. Die ÖBB handelten einen Vergleich mit der Finanz aus und zahlten für alle 64 Millionen Euro als pauschale Steuerabgeltung für 2005 bis 2009.

Zeitdruck. Da ein Urteil aus einem Berufungsverfahren ohne aufschiebende Wirkung umzusetzen ist, galt es, rasch eine neue steuertechnische Lösung für Privatfahrten zu finden. Bereits mit 1. Juli 2011 sollte für alle eine verbrauchsbezogene Besteuerung eingeführt sein, was durch einen negativen ÖBB-Vorstandsbeschluss aber verzögert wurde. Dieser Beschluss führte leider zu einer unzureichenden Übergangslösung für die PensionistInnen in Form von 14 Freifahrtscheinen und Halbp reisfahrten - erst mit Jänner 2012 wird es die von uns geforderte sozial gerechte Besteuerung geben. Dies bedeutet, wer seine a.t. FB nicht oder nur selten nutzt, zahlt gar keine oder nur wenig Steuer.

Hart erkämpft. Über die heftigen Reaktionen einiger PensionistInnen bin ich erstaunt. Denn Fakt ist, dass die a.t. FB für PensionistInnen tatsächlich in Frage gestellt wurde und die Gewerkschaft für ihren Erhalt hart verhandeln musste. Ich ersuche deshalb unsere KollegInnen im Ruhestand, darüber nachzudenken und bis zur nutzungsgerechten Besteuerung vorerst einmal „durchzutauchen“. In Folge der Steuerbescheide 2011 wird die Gewerkschaft sämtliche rechtlichen Schritte zur Anfechtung der derzeit herrschenden Rechtsmeinung zur Besteuerung der a.t. FB unternehmen.

wilhelm.haberzettl@vida.at
Vorsitzender der Sektion Verkehr

KV-BAROMETER

✓ **KV-Abschluss ÖBB.** Das Gehaltsabkommen 2011 für die BeamtInnen und Lohnbediensteten bei den ÖBB wurde in der Höhe von 2,4 Prozent abgeschlossen; seine Laufzeit beträgt 12 Monate (1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012).

✓ **KV-Abschluss Privatbahnen und KV der österreichischen Eisenbahnunternehmen.** vida und die WKÖ haben sich Ende Juni auf eine Gehaltserhöhung für Beschäftigte im KV der Dienst- und Besoldungsordnung der österreichischen Privatbahnen (DBO) und für jenen KollegInnen, die dem seit 1.1.2011 gültigen KV der österreichischen Eisenbahnunternehmen unterliegen, um 2,4 Prozent geeinigt.

✓ **KV-Abschluss Seilbahnen.** Die rund 15.000 Seilbahnbediensteten in Österreich bekommen seit 1. Mai 2011 um 2,7 Prozent mehr Lohn.

Weitere Infos zu den KV und Gehaltstabellen für eingeloggte vida-Mitglieder auf www.vida.at

ÖBB-Landwirtschaft/vida

Wettbewerb Barrierefreier Kleingarten

vida und der Verband der ÖBB-Landwirtschaft (BBL) laden zum Mitmachen beim Fotowettbewerb „Kleingärten als Therapie für Menschen mit Behinderung“ ein.

Im Sommer wurde eine neue Kooperation zwischen der Gruppe „Menschen mit Behinderung in der vida“ und der ÖBB-Landwirtschaft gestartet: Ziel ist es, mehr Bewusstsein für den hohen Stellenwert der Erholung nach Arbeits- und Freizeitunfällen – die oft zu schweren körperlichen Beeinträchtigungen führen – in der grünen Natur der Kleingärten zu schaffen.

Fotowettbewerb. Deshalb wird zum Schwerpunkt „Barrierefreier Kleingarten“ auch ein Fotowettbewerb veranstaltet. Die besten Fotos zum Thema werden mit zahlreichen Preisen prämiert. Als Foto-Motive im Kleingarten bieten sich beispielsweise „Integration von Menschen mit Behinderung in das alltägliche Leben“, „behindertengerechtes Bauen bzw. Gartengestaltung“, „Rehabilitation nach Krankheit oder Unfällen“, „besondere, bedürfnisgerechte Pflanzen“ oder „Umgang mit Hilfsmitteln und Gartengeräten“ an - der persönlichen Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt.



Stefan Maschl (Präsident der ÖBB-Landwirtschaft), Roman Wohlgemuth (vida) und Franz Eder (Vizepräsident der ÖBB-Landwirtschaft) für barrierefreie Kleingärten.

Hilfestellung freie Natur. „Unser Leben wird oftmals durch Unfall, Krankheit und auch dem natürlichen Altern mehr oder weniger stark beeinflusst - körperliche Einschränkungen können unser Wohlbefinden erheblich stören“, erklärt der Präsident der ÖBB-Landwirtschaft, Stefan Maschl. „Oft folgen dann auch entsprechende Veränderungen im alltäglichen Leben. Sich aufgrund dieser neuen Situation umstellen und neu dazulernen zu müssen, ist nicht einfach“, ergänzt Roman Wohlgemuth von der vida-Gruppe „Menschen mit Behinderung“. Der Kleingarten und die Erholung sowie Rehabilitation in der Natur können dabei vielfältige Möglichkeiten für Menschen mit besonderen

Bedürfnissen bieten, sind sich Maschl und Wohlgemuth einig.

Und so machen Sie mit! Alle KleingärtnerInnen sind zur Teilnahme am Fotowettbewerb eingeladen - eine BBL-Mitgliedschaft ist nicht erforderlich. Senden Sie bitte Ihre Fotos (maximal 3 pro TeilnehmerIn) unter dem Kennwort „Fotowettbewerb“ samt einer kurzen Beschreibung der Motive per E-Mail an bbl.verband@obbl.at (Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2011). Wertvolle Sachpreise erwarten Sie. Die Fotos der GewinnerInnen werden auf der BBL-Homepage www.obbl.at im Internet veröffentlicht, hier finden Sie auch weitere Infos zur Teilnahme.

hansjoerg.miethling@vida.at

KURZMELDUNGEN

Betriebsratswahlen ÖBB Infrastruktur AG - Ergebnis

Bei den von 28. bis 30. Juni 2011 durchgeführten Betriebsratswahlen in der ÖBB Infrastruktur AG entschied sich die überwältigende Mehrheit der fast 18.000 Wahlberechtigten für die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft vida (FSGvida). Die FSGvida konnte sich im Vergleich zu 2009 (92,22 Prozent) noch einmal auf 92,65 Prozent steigern. Weitere Ergebnisse: Unabhängige GewerkschafterInnen (UGvida) 1,9 Prozent; Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) 0,58 Prozent; Gewerkschaftlicher Linksblock in der Gewerkschaft vida (GLBvida) 0,54 Prozent; Sonstige/Namenslisten 4,34 Prozent.

Eisenbahnersport:USIC-Golf-Vizeweltmeister aus Österreich

Großartige Erfolge für die Mannschaft des österreichischen Eisenbahnersportes bei den 2. internationalenUSIC-Golfmeisterschaften von 13. bis 17. Juni 2011 in Podebrady, Tschechien – weitere 14 Länder (Schweiz, England, Frankreich, Indien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Belgien, Polen, Bulgarien, Holland, Finnland, Deutschland, Tschechien) nahmen teil. Der 1. Platz in der Einzelwertung wurde erst nach einem Stechen zwischen Peter Taberhofer (Österreich) und seinem punktgleichen Gegner aus Indien - der auch knapp gewann - ermittelt. Neben dem Vizeweltmeister erzielten die österreichischen Eisenbahnersportler auch noch einen 3. sowie 6. Platz.

Einladung - „100 Jahre ÖBB-Lehrlingsausbildung in St. Pölten“

Die ÖBB sind eines der größten Unternehmen und Ausbildungsbetriebe Österreichs mit langer Lehrlingstradition. Rund 500 neue Lehrlinge werden jährlich aufgenommen. Die ÖBB laden am Freitag, 23. September 2011, um 10 Uhr zur Veranstaltung „100 Jahre Lehrlingsausbildung in St. Pölten“ ein. Ort: ÖBB-Lehrwerkstätte St. Pölten, Werkstättenstraße 17, 3100 St. Pölten; Mit u. a. Verkehrsministerin Doris Bures.

Sozialer Dialog bei den ÖBB

Die ÖBB wurden ein internationalen Konzern. Das erfordert den sozialen Dialog zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern auf europäischer Ebene.

ÖBB-Chef Christian Kern und ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzender Wilhelm Haberzettl haben im Juni in Wien mit Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern aus Österreich und Ungarn eine Vereinbarung über die Errichtung eines Europäischen Betriebsrates (EBR) in den ÖBB unterzeichnet. In den letzten Jahren haben sich die ÖBB zu einem internationalen Konzern entwickelt. Das erfordert den sozialen Dialog zwischen Vorstand und Arbeitnehmervertretern der europäischen ÖBB-Tochtergesellschaften.

Kooperation. Information und Konsultation auf europäischer Ebene soll das gegenseitige Verständnis und die Bereitschaft zur Kooperation unterstützen und sind deshalb auch wichtige Beiträge zur Förderung von

Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit.

Meinungsaustausch. „Wir haben daran Interesse, als Konzern zu wachsen und uns weiterzuentwickeln“, hielt Kern im Rahmen der Unterzeichnung fest. Dazu benötige das Unternehmen die Unterstützung der MitarbeiterInnen und des Betriebsrats. Der Betriebsrat werde beim Management für die Anliegen der Beschäftigten immer ein offenes Ohr finden, was aber nicht bedeute, dass Management und Belegschaftsvertretung immer einer Meinung seien, so der ÖBB-Chef: „Zusammenarbeit ist aber wichtig, bis hin an die Konzernspitze.“

Aber keine „Wunderwaffe“. Haberzettl bedankte sich beim Vorstand für die gute Zusam-



ÖBB-Chef Christian Kern und ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzender Wilhelm Haberzettl (beide Bildmitte) haben am 20. Juni 2011 einen Europäischen Betriebsrat besiegelt.

menarbeit bei der Gründung des EBR. Es wäre sonst nicht möglich gewesen, in einer so kurzen Zeit dieses Gremium - noch dazu mit derart innovativen Strukturen - auf die Beine zu stellen. Der Konzernbetriebsratschef freute sich

auch, dass es gelungen sei, alle maßgeblich Beteiligten in eine gemeinsame Richtung zu positionieren. „Das zeugt von demokratischer Reife“, bedankte sich Haberzettl insbesondere auch bei den Kollegen aus Ungarn. Der EBR sei zwar kei-

ne „Wunderwaffe“, aber sehr wichtig, weil er die beidseitige Achtung zum Ausdruck bringe sowie Zusammenarbeit und Dialog in den Vordergrund stellt betonte Haberzettl.

hansjoerg.miethling@vida.at

BetriebsratInnenausbildung

Premiere für „vida4leader“

In 410 Stunden Kurszeit über 14 Monate hinweg haben 16 ÖBB-BetriebsrätInnen in ihrer Freizeit einen neuen vida-Speziallehrgang absolviert.

16 BetriebsrätInnen aus dem ÖBB-Konzern – betreut durch erfahrene MentorInnen von vida, AK und dem Verkehrsarbeitsinspektorat – absolvierten Anfang Juli 2011 erstmals den neuen vom vida-Bildungsreferat und dem ÖBB-Konzernbetriebsrat angebotenen Speziallehrgang „vida4leader“. Wie die englische Bezeichnung des Seminars bereits deutlich zum Ausdruck bringt, ging es darum, Spitzen- und Führungskräfte für die Betriebsratsarbeit der Zukunft auszubilden.



Die TeilnehmerInnen von „vida4leader“ erhielten von vida-Vorsitzendem Rudolf Kaske (Bildmitte) Zertifikate über die erfolgreiche Absolvierung dieses Speziallehrgangs überreicht.

Selbstorganisiertes Arbeiten. Neben den Bereichen „Wirtschaft und Recht“ sowie „Politik und Strategie“ lag das Hauptaugenmerk der Lehrgangsmodule auf dem Schwerpunkt „Selbstorganisiertes Arbeiten“. „Hierzu zählten im Startworkshop etwa die Förderung der Selbstreflexion oder das Definieren persönlicher Ausbildungs- und

Entwicklungsziele sowie das Erkennen und Ausformulieren von strategischen Zukunftsthemen bis hin zur Entwicklung von sozialer Kompetenz“, erklärt Lehrgangsteilnehmer Günter Slezak vom vida-Bildungsreferat.

Konflikte besser bereinigen. Um mit sozialer Kompetenz in der Praxis auch richtig umgehen

zu können, sei es notwendig, sich mit effektiven Gruppen- und Kommunikationsprozessen, Führungsmethodik und Zusammenarbeit auseinanderzusetzen. „So können Problemlösungs- und Entscheidungskompetenz erlangt werden, um schließlich mögliche Konflikte in der Organisation besser bereinigen zu können“, beschreibt

Gottfried Weissengruber von der ÖBB-Konzernvertretung die Grundlagen einer modernen und erfolgreichen Organisationsentwicklung.

„Fahrgast ärgere dich nicht“. Mit Abschlussarbeiten wie beispielsweise dem interaktiven Spiel „Fahrgast ärgere dich nicht“ wurden auf spielerische Art die Risiken und Nachteile von Bahnreisen ohne ZugbegleiterInnen (0:0 Betrieb) näher gebracht – Motto: „Wer kümmert sich um mein im Zug vergessenes Handy?“. Die angewandte Methodik bei den Projektarbeiten reichte von Meinungsumfragen, Videofilmen bis hin zu Vergleichen mit anderen Unternehmen und deren Betriebsräten. Nach der Präsentation ihrer Zukunftsprojekte erhielten die 16 TeilnehmerInnen Zertifikate über die erfolgreiche Absolvierung des „vida4leader“-Speziallehrgangs. Informationen über Bildungsangebote im Internet unter

www.vida.at

hansjoerg.miethling@vida.at

Vorsicht, Es droht Gefahr!

Kommentar

**Pflegethema
bleibt
aktuell**



Foto: OGB-Verlag/ Paul Sturm

Mit der Nationalratswahl 2006 fing alles an. Über Pflege und Betreuung wurde österreichweit diskutiert, vom „Pflegethema“ war die Rede. Was in Folge passierte, kann man unter die Rubrik „gut gemeint heißt nicht gut gemacht“ einreihen. Die selbständigen PersonenbetreuerInnen wurden geschaffen. Auch Personen ohne Ausbildung wurde mit dem Gesetz die Tätigkeit als 24-Stunden-BetreuerInnen erlaubt. Ein Tiefschlag für die Bemühungen der Gewerkschaft, Pflege und Betreuung zu professionalisieren und damit Sicherheit und Qualität für alle, Betreute und Betreuende, zu gewährleisten.

Einzelne Lichtblicke. Die finanziellen Regresse gegenüber Kindern und Eltern wurden nach und nach von den Bundesländern abgeschafft. Es begann die Diskussion über die Einführung eines Pflegefonds, weil den politisch Verantwortlichen klar war, dass die Finanzierung durch die derzeitigen Budgets nicht gesichert ist. Seit kurzem gibt es einen Pflegefonds. Er ist bis zum Jahr 2014 mit 685 Millionen Euro dotiert. Dieser Pflegefonds ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht genug.

Finanznot. Die Finanzierungslücke wird damit nur kurzfristig zugedeckt. Ungerechtigkeiten in der Pflegefinanzierung bestehen weiter – zum Beispiel die Tatsache, dass für Pflegebedürftige eine Vermögenssteuer von bis zu hundert Prozent gilt, weil auch ihr Hab und Gut zur Finanzierung verwendet wird. Die Steiermark hat mit Anfang August sogar den Regress wieder eingeführt: Kinder müssen damit einen Teil der Kosten übernehmen, falls ihre Eltern im Pflegeheim sind und nicht selbst die Kosten tragen können.

Langfristig lösen. vida und die GPA-djp haben ein Pflegefonds-Modell entwickelt, das mehr Geld ins System pumpt und auf eine solidarische Finanzierung setzt. Insgesamt ist 2020 mit einem Mehraufwand für Pflege und Betreuung von zwei Milliarden Euro gegenüber heute zu rechnen. Um diesen Beitrag aufzubringen, verlangen wir insbesondere die Einführung der Vermögenssteuer und einer reformierten Erbschaftssteuer. Der Ruf nach diesen Steuern wird erfreulicher Weise immer lauter. Auch Bundespräsident Heinz Fischer bezeichnete die Einführung von Erbschafts- und Vermögenssteuer kürzlich in einem Interview als „Gewissensfrage“.

willibald.steinkellner@vida.at

Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Auf der Station ist regelmäßig zu wenig Personal beschäftigt, sodass eine ordnungsgemäße Pflege nicht möglich ist? Dann sollte man eine Vorsichtsmeldung verfassen. vida startet dazu in Ostösterreich ein Pilotprojekt, kündigt Bundesfachgruppensekretär Rudolf Wagner im Interview mit der vida-Zeitschrift an.

vida: In Wien, Niederösterreich und Burgenland startet vida in den Krankenanstalten das Pilotprojekt „Vorsichtsmeldung“. Was ist der Grund dafür?

R. Wagner: Wir registrieren einen eklatanten Personalmangel. In vielen Stationen wird nicht mehr die vorgesehene Zahl an Arbeitskräften eingesetzt. Statt zwei MitarbeiterInnen ist plötzlich eine für dieselbe Anzahl an PatientInnen zuständig. Wenn das zum Dauerzustand wird, ist ein aktives Handeln der betroffenen Beschäftigten angesagt.

vida: Gibt es einen gesetzlichen Personalbedarfsschlüssel, auf den sich die Beschäftigten berufen können?

R. Wagner: Eine bundesweit einheitliche Personalbedarfsberechnung gibt es leider nicht. In einzelnen Bundesländern gibt es aber Vorgaben und jedes Haus hat einen Stellenplan. Wer den hausinternen Stellenplan nicht kennt, sollte sich darüber beim Betriebsrat informieren.

vida: Wie läuft die Aktion „Vorsichtsmeldung“ konkret ab?



Foto: Fotolia/Robert Kneschke

R. Wagner: vida-Mitglieder aus dem Krankenhaus-Bereich, die gegen die Überlastung aktiv werden wollen, sollen mich kontaktieren. Von mir erhalten Sie genaue Informationen, welche Daten und Fakten zur Aus- bzw. Überlastung auf ihrer Station sie erheben müssen, damit in der Folge eine „Vorsichtsmeldung“ verfasst werden kann.

vida: Um welche Fakten geht es?

R. Wagner: Da gehört zum Beispiel die Zahl der Beschäftigten und die Anzahl der PatientInnen festgehalten. Falls benötigte Pflegemittel fehlen, gehört das angegeben. Zusätzlich gehört angeführt, welche Gefahren durch diese Mängel drohen. Die Vorsichtsmeldung selbst verfassen die Beschäftigten gemeinsam mit mir – unterschrieben sollte sie dann von möglichst vielen Beschäftigten und dem Betriebsrat werden. Die unterschriebene Meldung geht dann an die Verantwortlichen des Krankenhauses.

vida: Kann man nach Abgabe einer Vorsichtsmeldung die Hände in den Schoß legen, solange es keine Verbesserung gibt?

R. Wagner: Auf keinen Fall. Im Gesundheitsbereich gilt ein er-

höhter Sorgfaltsmaßstab, um das Wohl der PatientInnen zu gewährleisten. Durch die Vorsichtsmeldung erzeugt man aber einen Druck auf die Vorgesetzten, zu handeln. Treffen die Führungskräfte in der Folge keine Maßnahmen gegen die Mängel und es passiert ein Schaden, werden sie auch eher mit haftbar zu machen sein.

vida: Was tun, wenn die Meldung von den Vorgesetzten ignoriert wird?

R. Wagner: Dann sollte man die nächste Meldung zusätzlich an eine übergeordnete Stelle schicken. Bringt auch das nichts, hilft manchmal öffentlicher Druck. Wenn die Beschäftigten und der Betriebsrat das wollen, sind wir bereit, derartige Missstände aus einzelnen Krankenhäusern publik zu machen. Selbstverständlich bieten wir unseren Mitgliedern in der Angelegenheit auch Rechtsberatung an – und für Gewerkschaftsmitglieder gilt im Fall des Falles auch die ÖGB-Berufshaftpflichtversicherung.

martina.fassler@vida.at

INFO



Sie wollen aktiv werden?

Sie erleben an Ihrem Arbeitsplatz im Krankenhaus eine laufende personelle Unterbesetzung oder sonstige grobe Mängel? Sie wollen etwas dagegen unternehmen? Kontaktieren Sie vida-Bundesfachgruppensekretär Rudolf Wagner für Informationen zur Aktion „Vorsichtsmeldung“.

E-Mail:
gesundheit@vida.at
Tel: 01/53444-79-620

Foto: Fotolia/Tomo Jesenicnik

KV-BAROMETER

Private Rettungsdienste: Der Antrag auf Satzung des Kollektivvertrages des Österreichischen Roten Kreuzes wurde vom Bundeseinigungsamt genehmigt. Damit gelten die Mindestlöhne des Kollektivvertrages ab 1. Juli 2011 auch für alle anderen qualifizierten Kranken- und Rettungstransportdienste. Konkret bedeutet das einen Anstieg der Mindestlöhne bei den privaten Rettungsdiensten, analog zu der im Februar erfolgten Erhöhung der Löhne beim Roten Kreuz, um 1,9 Prozent.

Auch die IST-Löhne steigen um denselben Prozentsatz. Allerdings können IST-Erhöhungen, die heuer vorgenommen wurden, angerechnet werden. Einige private Rettungsdienste wollten ursprünglich aus der Satzung ausscheren und haben dazu einen eigenen Arbeitgeberverband gegründet, der sich BARS nennt (Berufsvereinigung von ArbeitgeberInnen von Rettungs- und zugehörigen Sanitätsberufen). Der Antrag dieser Berufsvereinigung auf Aberkennung der KV-Fähigkeit des Österreichischen Roten Kreuzes wurde vom Bundeseinigungsamt nun aber abgelehnt.



24-Stunden-BetreuerInnen

vida-Spezialangebot für Mitgliedschaft

Ab sofort betreut vida auch 24-Stunden-Kräfte, die als Selbstständige arbeiten. Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger über die Gründe und das Leistungsangebot für diese Gruppe.

vida: Dass die Gewerkschaft auch Selbstständige vertritt, klingt eher ungewohnt. Wie kam es zu dem Entschluss?

M. Guglberger: Die derzeitige Regelung der 24-Stunden-Betreuung führt dazu, dass die Beschäftigung fast ausschließlich auf selbstständiger Basis angeboten wird. Derzeit gibt es 37.000 selbstständige und nur 500 unselbstständige „PersonenbetreuerInnen“, wie die Tätigkeit offiziell heißt. Eine Wahlmöglichkeit haben die meisten Frauen nicht.

vida: Welche Leistungen bietet vida für die PersonenbetreuerInnen an?

M. Guglberger: Wir konzentrieren uns vorerst auf die 24-Stunden-BetreuerInnen aus der Slowakei. Ihnen bieten wir in

Zusammenarbeit mit der slowakischen Gewerkschaft InterPro eine muttersprachliche Rechtsberatung an. Der Beratungsbedarf ist bei der Beschäftigtengruppe sehr groß. Denn als Selbstständige sind sie für ihre Anmeldung bei der Sozialversicherung und für die Besteuerung des Einkommens selbst verantwortlich. Es gibt keinen Mindestlohn für die Selbstständigen und keinen Anspruch auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Wenn sie krank werden, haben sie ein Anrecht auf medizinische Betreuung, aber nicht auf Krankengeld oder Entgeltfortzahlung. Das alles sollten die Frauen wissen, wenn sie sich auf ein derartiges Arbeitsverhältnis einlassen. Auch das Dienstnehmerhaftpflichtgesetz gilt für die Selbstständigen nicht. Die PersonenbetreuerInnen sind deshalb für Schä-

den, die im Rahmen der Tätigkeit geschehen, voll haftbar.

vida: Was könnte da im Alltag einer 24-Stunden-Betreuerin vorkommen?

M. Guglberger: Die Aufgaben sind vielfältig. Das Tätigkeitsfeld der BetreuerInnen reicht vom Führen des Haushaltes bis hin zu pflegerischen Maßnahmen. In diesem Tätigkeitsumfeld kann einiges passieren. Bei Fehlern, zum Beispiel in der Versorgung der KlientInnen, wird die Gewerkschaft Hilfestellung leisten.

vida: Wie hoch ist der Mitgliedsbeitrag für die selbstständigen PersonenbetreuerInnen?

M. Guglberger: Die Kosten betragen pauschal zehn Euro pro Monat.



vida bietet den 24-Stunden-BetreuerInnen Unterstützung an.

vida: Was fordert vida, um die Arbeitsbedingungen der PersonenbetreuerInnen zu verbessern?

M. Guglberger: Wir verlangen, dass endlich eine Ausbildung gesetzlich verankert wird. Das ist zum Schutz der Pflegebedürftigen, aber auch der Beschäftigten. Gemeinsam mit den 24-Stunden-BetreuerInnen werden wir auch für weitere Verbesserungen eintreten. Dazu wollen wir möglichst viele Betroffene organisieren und von ihnen wissen, wo sie den größten Handlungsbedarf für Reformen sehen.

martina.fassler@vida.at

INFO



Mehr Informationen

erhalten Sie in der vida-Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe
Tel: 0043/1/53 444 79 572

soziale.dienste@vida.at

Foto: Fotolia/reinobektiv

Fünf Freunde im Einsatz

Tiroler Rettungsdienste

Nein, hier ist nicht von der bekannten TV-Serie für Kinder die Rede, sondern von der Bietergemeinschaft, die seit 1. Juli in Tirol für das Rettungswesen zuständig ist. Wir haben Philip Wohlgemuth von der vida-Tirol gefragt, welche Veränderungen das für die Beschäftigten bei den Rettungsdiensten bringt.

Tirol hat vergangenes Jahr das Rettungswesen EU-weit ausgeschrieben. Den Zuschlag für die nächsten zehn Jahre sicherte sich eine Bietergemeinschaft aus fünf österreichischen Rettungsdiensten.

vida: Bislang wurde in den meisten Gemeinden der Rettungsdienst durch die Bezirksstellen des Roten Kreuzes erbracht. Seit 1. Juli ist nun die Bietergemeinschaft am Zug. Wer ist da aller dabei?

P. Wohlgemuth: Da gehören das Tiroler Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund, die Johan-

niter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hospitaldienst und der Österreichische Rettungsdienst dazu.

vida: Welche Auswirkungen hat die Umstellung auf die Beschäftigten?

P. Wohlgemuth: Für die „alten“ MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes ändert sich nichts. Sie behalten ihre Rechte aus den bestehenden Betriebsvereinbarungen. Für neu eintretende MitarbeiterInnen wird eine gemeinsame Betriebsvereinbarung und ein einheitlicher Dienstzettel verhandelt. Für die Beschäftigten der anderen Blaublichtorganisationen gibt es



Foto: Fotolia/Peter Altkins

wichtige Verbesserungen. Auch für sie gelten aufgrund der Satzung des Rot-Kreuz-Kollektivvertrages nun die Mindestlöhne des Kollektivvertrages, aber auch andere „Goodies“, wie zum Beispiel der Anspruch auf ein Jubiläumsgeld bei langjähriger Betriebszugehörigkeit und das Recht auf Dienstfreistellung bei wichtigen Anlässen.

vida: Welche Aktivitäten hat vida gesetzt, um für die Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen zu sichern?

P. Wohlgemuth: Wir haben die Beschäftigten in vielen Fällen bei der Betriebsratsgründung unterstützt. Nun folgt die Aushandlung von Betriebsvereinbarungen. Wir wollen versuchen, das Rettungswesen in Tirol bestens gewerkschaftlich zu organisieren, denn nur gemeinsam sind die Beschäftigten stark.

vida: Wie läuft die Zusammenarbeit ab? Sitzen jetzt Beschäftigte aus unterschiedlichen Rettungsdiensten in einem Wagen?

P. Wohlgemuth: Die Leitstelle Tirol, die vom Land betrieben wird, alarmiert die Einsatzorganisationen und koordiniert die Einsatzmittel. Dabei wird das Fahrzeug, das dem Einsatzort am nächsten ist, beauftragt. Sind bei einem Einsatz mehrere Fahrzeuge nötig, ist auch eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen Rettungsdienste möglich. Ansonsten haben die MitarbeiterInnen der verschiedenen Rettungsdienste wenig miteinander zu tun.

vida: Wie sieht die Bevölkerung die Neuorganisation des Rettungswesens?

P. Wohlgemuth: Man muss ehrlich sagen, dass die Organisationen sich perfekt der Bevölkerung vorgestellt haben und bewiesen haben, dass sie vertrauenswürdige HelferInnen sind. Ein Respekt den Beschäftigten, denn die Angst der Menschen war groß und diese Angst wurden den Leuten mit Image-Pflege, Wissen, Einsatz und Fleiß genommen.

martina.fassler@vida.at

Überwacht auf der Raucherterrasse

Kommentar

Gut für die Gäste,
schlecht für die
Beschäftigten



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Die Ausdehnung der Sperrstunde von vier auf sechs Uhr morgens für Diskotheken und Clubbinglounges in Wien mag NachtschwärmerInnen in Verückung geraten lassen. Und auch wir wollen nicht als „Spaßbremsen“ gelten, doch eines sei klar gesagt: Diese Maßnahme darf keinesfalls zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Mehr Arbeit. Eine Ausdehnung der Sperrstunde um zwei Stunden schafft erfahrungsgemäß keine neuen Arbeitsplätze, sondern zwingt eher die, die bereits in den Betrieben beschäftigt sind, mehr und länger zu arbeiten. Es ist aber eine Illusion zu glauben, dass wenn zwei Stunden länger gearbeitet wird, auch mehr Lohn ausbezahlt wird, sei es in Form von Überstunden oder Zeitausgleich. Aus der Praxis wissen wir, dass die Auszahlung des Nachtarbeitszuschlags schon jetzt problematisch ist.

Ohne Ausgleich. Von den ArbeitnehmerInnen der Branche wird sehr viel Flexibilität gefordert, zu den schwierigen Arbeitsbedingungen kommt auch noch die schlechte Entlohnung. All-Inklusive-Klauseln in den Arbeitsverträgen zwingen die Beschäftigten oft, zehn Stunden und mehr pro Tag zu arbeiten, ohne dafür einen zustehenden Ausgleich zu bekommen.

Im KV geregelt. Einerseits sollen also die Öffnungszeiten verlängert werden, andererseits sind die Arbeitgeber größtenteils nicht bereit, den gebührenden Zuschlag ausbezahlen. Dabei müsste nur der Kollektivvertrag angewendet werden, der Mehr- und Überstunden wie auch Nachtarbeitszuschlag regelt. Sollte sich ein Betrieb davor drücken wollen, stehen wir unseren Mitgliedern jederzeit zur Verfügung, um ihr Recht und das, was ihnen zusteht, einzufordern.

renate.lehner@vida.at
Bundessektionssekretärin
der Sektion Private Dienstleistungen

MitarbeiterInnen der Firma Securitas in Graz fühlen sich bespitzelt, am neuen Standort wurden ein elektronisches Zutrittssystem und Überwachungskameras eingeführt. Eine dementsprechende Betriebsvereinbarung soll nun Abhilfe schaffen.

Eine Büroeinheit der Firma Securitas hat vor wenigen Monaten ihr neues Bürogebäude in der Münzgrabenstraße in Graz bezogen. 50 bis 60 Leute sind übersiedelt, vor allem MitarbeiterInnen der Geschäftsführung sowie Fahrscheinkontrolle und Streife. „Doch die Freude über das neue Büro währte nicht lange“, erzählt Betriebsratsvorsitzende Manuela Jauk.

Überwachung. Auf der sogenannten „Raucherterrasse“ wurde eine Überwachungskamera angebracht, die direkt auf die Personen, die sich im Freien befinden, gerichtet ist. Auf Nachfrage des Betriebsrats hieß es von Seiten der Geschäftsführung, diese wurde aus Sicherheitsgründen montiert, damit keine betriebsfremde Person die Büroräumlichkeiten betreten können. Anstatt der üblichen Bürogebüdeschlüssel gibt es nun ein elektronisches Zutrittssystem mit Zutrittskarten für die Securitas-Beschäftigten. Auch hier meldete der Betriebsrat Bedenken an, denn die MitarbeiterInnen befürchteten, dass diese Karten mit einem Zeiterfassungssystem ausgestattet sein könnten. Der Dienstgeber dementierte.

Gegen Gebühr. Gleichzeitig wurde von allen MitarbeiterInnen eine Gebühr für die Zutrittskarte in der Höhe von 20 Euro eingefordert. Der Betriebsrat protestierte gegen diese Maßnahme und forderte von Seiten der Geschäftsführung die sofortige Rückzahlung an die Beschäftigten. Mit Erfolg - mittlerweile haben alle die Gebühr zurückerstattet bekommen. „Die Zutrittskarte ist ein Betriebsmittel und daher vom Arbeitgeber unentgeltlich, ohne Kautions- oder Gebühr zur



Beim Einsatz technischer Systeme zur Datenerfassung braucht es auch Regelungen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen.

Foto: Fotolia/Flucas

Verfügung zu stellen“, stellt Jauk klar.

Datenschutz. Der Betriebsrat forderte nun eine Betriebsvereinbarung (BV) zu den genannten Punkten ein. Damit soll sichergestellt werden, dass technisch ermittelte Daten – egal ob via Kamera oder Zutrittssystem – weder gespeichert noch ohne Zustimmung des Betriebsrats verwendet werden und damit auch keine disziplinarischen Folgen für die Beschäftigten haben können. Erste Gespräche mit der Geschäftsleitung verliefen konstruktiv, Mitte August wird ein Entwurf für die BV vorliegen. „Der Datenschutz wird nicht nur privat, sondern auch in der Arbeitswelt immer wichtiger. Immer mehr Firmen bedienen sich technischer Systeme und Werkzeuge zur Datenerfassung, dafür braucht es natürlich auch dementsprechende

Regelungen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen“, meint Jauk.

Mini-Büro. Im Zuge der Übersiedelung in das neue Bürogebäude hat auch der Betriebsrat ein neues Büro erhalten. „Sofern man dieses Besenkammerl als Büro bezeichnen kann“, klagt Jauk. Dem Team, bestehend aus fünf BetriebsrätInnen, steht ein Raum mit nur 8,2 Quadratmeter zur Verfügung. Der Arbeitsinspektor hat sich hier bereits eingeschaltet und einiges beanstandet. Der Dienstgeber hat zugesagt, zumindest in eine neue Möblierung zu investieren, um so „mehr Raum“ zu schaffen. „Das ist nicht genug, die Diskussion ist noch im Gange, ob diese Maßnahme ausreichend ist“, so die Betriebsratsvorsitzende.

ines.schmied-binderlehner@vida.at

KV-BAROMETER



KV Bewachung. Die Stundenlöhne aller Verwendungsgruppen werden um 3 Prozent erhöht. Der Stundenlohn laut Sonderkollektivvertrag für Veranstaltungssicherheitsdienste steigt auf 7,70 Euro. Die Verwendungseinreihung ist nun präziser. Durch den Umbau der Arbeitsbilder und klare Bestimmungen sind mehr Entgelt für die Beschäftigten sowie eine sicherere Durchsetzung garantiert. Der § 21 – Lohnordnung wurde komplett neu gefasst, Interpretationsmöglichkeiten wurden beseitigt – das gilt für Akontolohn, Monatsabrechnung, Auszahlungszeitpunkt und (Mindest-)Entlohnungsanspruch. Neu definiert sind auch die Kapitel Lohnabrechnung und erstmals zwingend der periodische Ausweis von Urlaubsanspruch und Mehrarbeitsstunden.

Da die bisherigen Bemühungen um einen eigenständigen Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen im Flughafensicherheitsdienst erfolglos blieben, wird eine Arbeitsgruppe im Bewachungsgewerbe zur Verbesserung zumindest der entgeltlichen Bedingungen dieser Verwendungsgruppe eingesetzt. Der KV-Abschluss gilt ab 1. Juli 2011 für 18 Monate.

Saubere Arbeit?

Vor allem Frauen und MigrantInnen leisten in Österreich Reinigungsarbeit. Ungünstige Arbeitszeiten zählen zu den Hauptproblembereichen in der Branche. Privathaushalte lassen Haushaltsarbeit vor allem „schwarz“ erledigen.

Traditionell gilt das Reinigungsgewerbe als Problemzone des Arbeitsmarktes mit prekärer Beschäftigung bis hin zu Schwarzarbeit, niedrigen Löhnen und wenig Qualifikationen. Im Rahmen eines EU-Forschungsprojektes nahmen die ArbeitsforscherInnen Karin Sardadvar und Ursula Holtgrewe einige Differenzierungen vor: „Vieles davon trifft zu, aber im Bereich der kommerziellen Reinigung ist die Sozialpartnerschaft dennoch vergleichsweise erfolgreich mit stabiler Lohnentwicklung, Regulierung von Preisen und Leistungen, relativ günstigen Regelungen der Arbeit nachts und am Wochenende und einer gemeinsamen Sicht auf die Perspektiven der Branche,“ so die Studienautorinnen vom Forschungsinstitut FORBA.

Wachsende Branche. Die Beschäftigungszahlen in der

Reinigungsbranche sind in Österreich seit dem Jahr 2000 um rund ein Drittel gestiegen. 65 Prozent der Beschäftigten sind Frauen, 47 Prozent Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft. „Fast jede zehnte unselbstständig erwerbstätige Ausländerin arbeitet im Reinigungsgewerbe. Unter allen unselbstständig beschäftigten Frauen in Österreich sind zwei Prozent in der Reinigung tätig“, berichteten die Arbeitsforscherinnen.

Tagesrand. Ein Hauptproblem in der Branche besteht darin, dass KundInnen die Reinigung meist vor oder nach den Büro- und Geschäftszeiten erledigt wissen wollen. Die Folge: Beschäftigte in der Reinigung müssen häufig frühmorgens oder spätabends arbeiten, oft müssen sie auch mehrmals am Tag für jeweils wenige Stunden die Arbeit antreten. „Zur Verbesserung der Arbeitsbedin-



Beschäftigte in der Reinigung müssen oft mehrmals am Tag für jeweils wenige Stunden die Arbeit antreten.

gungen in der Reinigungsbranche ist die Lage und Länge der Arbeitszeit daher wesentlich“, bestätigt vida-Fachsekretär Michael Haim. Längere zusammenhängende Schichten und eine Verlagerung der Arbeitszeiten von den Tagesrändern in die Bürozeiten würden die Arbeitssituation erleichtern, insbesondere für Beschäftigte mit Betreuungspflichten für kleine Kinder.

Schwarzarbeit. Während in der gewerblichen Reinigung die Beschäftigung steigt, findet weiterhin ein erheblicher Anteil von Reinigungstätigkeiten im informellen Rahmen statt. Hausarbeit in Privathaushalten passiert in Österreich überwiegend in Form von Schwarzarbeit. Anders als etwa in Frankreich wird Haushaltsarbeit hierzulande kaum über Hausangestellte und nur in geringem Ausmaß über die Verwendung des Dienstleistungsschecks organisiert.

ines.schmied-binderlehner@vida.at

WEBTIPP

www.forba.at

www.walqing.eu

Foto: Paul Sturm

Gastkommentar

Klimawandel ändert den Tourismus

„Wer keine teure Anreise hat, hat im Urlaubsort mehr Geld zur Verfügung...“, so das Fazit des Tourismus-Experten Stefan Gössling in seinen Überlegungen zur Zukunft des Tourismus. Auch eine von der vida beauftragte IHS-Studie widmet sich dem Thema.



Zukunftstrend: Mehr Sommerurlaube im vergleichsweise kühlen Österreich?

Für Dr. Stefan Gössling, Tourismusprofessor an der Lund-Universität in Schweden und wissenschaftlicher Berater für die Welttourismusorganisation, hängen Klimawandel und Tourismus auf vielfältige Weise zusammen.

Weniger Schnee. So wird Schifahren in Österreich an Bedeu-

tung verlieren, da es in mittleren Lagen nicht mehr ausreichend Schnee geben wird. Auch die Gletscher werden im Laufe dieses Jahrhunderts verschwinden. Andererseits werden die Sommertemperaturen am Mittelmeer unerträglich heiß, wodurch viele UrlauberInnen dem kühleren Österreich den Vorzug geben werden. Mit dem fortschreitenden Klima-

wandel werden politische Spannungen, Flüchtlingsbewegungen und wirtschaftliche Verwerfungen zunehmen, vermutet Gössling. All diese Instabilitäten könnten den Menschen die Lust bzw. die Möglichkeit am Urlaub nehmen.

Klimaschutz kostet. Tourismus ist selbst ein Faktor des

Klimawandels. Rund fünf Prozent des menschengemachten CO₂-Ausstoßes kommt vom Tourismus – Tendenz stark steigend. Drei Viertel dieser Emissionen kommen vom Personentransport (40 Prozent Flugzeug, 32 Prozent PKW, 3 Prozent Sonstiges), 21 Prozent entfallen auf die Unterkunft und 4 Prozent auf Aktivitäten vor Ort. Konsequenter Klimaschutz wird auch die Reisekosten erhöhen.

Zukunft des Tourismus. Gössling formulierte daraus folgende Zukunftsstrategien für die Branche: Zum einen die Änderungen von kürzeren zu längeren Aufenthaltszeiten, weiters von fern zu nah, sodass das Geld vor Ort ausgegeben wird. Denn wer keine teure Anreise hat, hat mehr Geld im Urlaubsort zur Verfügung.

Urlaub „daheim“. Ähnlich auch der Befund einer von vida – gemeinsam mit Greenpeace und EVN – beauftragten Studie des IHS, in der ein zukunftsfähiges Energieszenario für 2050 entwickelt wurde. Demnach

wird es im Flugverkehr langfristig zu einer Stagnation des Energieverbrauchs kommen. Arbeitsplätze in dieser Branche sind also nicht gefährdet, aber die Zeiten steiler Wachstumskurven sind vorbei. Daher liegen die touristischen Zukunftsmärkte weniger in Russland, China oder Indien, sondern bei UrlauberInnen aus der Region, sprich aus Mitteleuropa.

Mehr öffentlich. Die IHS-Studie geht auch davon aus, dass die Verkehrsleistung der öffentlichen Verkehrsmittel in den nächsten 40 Jahren zunimmt, während sich der PKW-Verkehr fast halbieren wird. Das Auto wird bei der Urlaubsreise in den Hintergrund treten. Umso wichtiger wird die Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsmittel – speziell der Bahn – sein. Mit diesem Hintergrund sind die aktuellen Einstellungen von Regionalbahnen in Urlaubsregionen (z.B. Gesäuse, Wachau, Ybbstal, Waldviertel) besonders kritisch zu bewerten.

heinz.hoegelsberger@vida.at

**Menschen
bei vida**

Nadja Pernet ist Teil der vida- Familie

Seit dem Frühjahr
2011 ist Nadja Pernet
im Team der vida
Niederösterreich die
Ansprechperson für
unsere Mitglieder.

Der Weg zu vida. Nach Absolvierung der Reife- und Diplomprüfung des „Aufbaulehrgangs für wirtschaftliche Berufe“ in Gmünd im Jahre 2009 absolvierte Nadja verschiedene Praktika und landete schließlich im April 2011 bei der Landesorganisation Niederösterreich der Gewerkschaft vida.

„Der Kontakt zur Gewerkschaft hat sich durch mein letztes Praktikum bei der Versicherungsanstalt für Eisenbahn und Bergbau ergeben. Da hatten wir öfters mit der Gewerkschaft vida zu tun“, erklärt Nadja.

Der berufliche Alltag. Nadjas Berufsalltag ist geprägt von vielen Mitgliedergesprächen am Telefon oder auch persönlich. „Das macht den Arbeitstag abwechslungsreich und ich habe gerne mit Menschen zu tun“, erklärt die 23-Jährige und ergänzt: „Kein Tag ist so wie der andere und das gefällt mir einfach“, erzählt Nadja lächelnd. Zwischendurch ist sie auch mit administrativen Dingen beschäftigt, wie zum Beispiel mit der Verwaltung der Mitgliederliste und der Kassa.

Was mir wichtig ist, zu sagen. „Die Gewerkschaft vida ist zu

meiner zweiten Familie geworden und ich bin glücklich und stolz, zu diesem Team zu gehören“, sagt Nadja und ergänzt: „Nach dem ersten Tag habe ich mir gedacht, die vielen Namen merke ich mir nie, aber mittlerweile sind mir die meisten Gesichter vertraut.“

Wie ich entspanne. „Musik hören und einfach ein gutes Buch lesen, ist für mich Entspannung genug“, erzählt die gebürtige Gmünderin und ergänzt „Natürlich unternehme ich auch viel mit meinen Freunden.“

nadja.pernet@vida.at

So schmeckt meine Heimat

**En Guete! Prijatno! Bon appétit! Lassen Sie sich die
Rezepte aus 33 Nationen schmecken, die die MitarbeiterInnen
des Klinikums Wels-Grieskirchen zusammengetragen haben.**

Durch's Essen kommen die Leut zusammen! Betriebsrat und Geschäftsführung im Klinikum Wels-Grieskirchen haben diesen Spruch wörtlich genommen. Sie haben die MitarbeiterInnen des Krankenhauses dazu aufgefordert, Rezepte aus ihrer Heimat in einem gemeinsamen Kochbuch vorzustellen. Und so findet man in dem Werk Rezepte aus 33 Nationen zusammengetragen.

Von der kambodschanischen Ananas-Suppe über das iranische Lamm-Gericht bis zu den Brüsseler Waffeln reicht die kulinarische Weltreise. Und weil es auch innerhalb Österreichs reichlich Migration gibt und im Klinikum Beschäftigte aus ganz Österreich arbeiten – von der Burgenländerin bis zum Vorarlberger – finden sich in dem Kochbuch auch Rezepte aus allen neun Bundesländern.

Einmal um die Welt. Sie haben Lust auf neue Geschmackserlebnisse? Bestellen Sie das Kochbuch „So schmeckt meine Heimat“ und schon kann Ihre kulinarische Weltreise losgehen. Das Kochbuch kostet sechs Euro und kann bei den BetriebsrätInnen des Klinikums Wels-Grieskirchen erworben werden. Bestellung im Betriebsratssekretariat bei Frau Aline Burner, Tel: 07242-415 93260, zentralbetriebsrat@klinikum-wegr.at



**Lecker zum Nachkochen
finden Sie im Kochbuch
„So schmeckt meine Heimat“.**

GEWINNSPIEL



Wir verlosen unter vida-Mitgliedern fünf Exemplare des Kochbuchs. Beantworten Sie folgende Frage und Sie sind bei der Verlosung dabei.

Rezepte aus wievielen Nationen findet man in dem Kochbuch „So schmeckt meine Heimat“?

Antworten an: vida/
Pressereferat, Kennwort:
„Kochbuch“, Johann-
Böhm-Platz 1, 1020 Wien
oder per E-Mail:
zeitschrift@vida.at
Einsendeschluss:
15. September 2011

Foto: Fotolia/WavebreakMediaMicro



Meine Versicherung

ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Im Steuer-Sparadies? Ja, ganz sicher!

**Genießen Sie jetzt sensationelle
Steuervorteile mit der ÖBV:**

- > **KEST-frei sparen mit der fondsgebundenen Lebensversicherung der ÖBV**
- > **KEST-frei sparen mit der klassischen Lebensversicherung der ÖBV**
- > **Steuerfreie Zusatzpension mit der staatlich geförderten Zukunftsvorsorge der ÖBV**
- > **Fragen Sie uns, wir beraten Sie gerne!**

Andreas Scharner, ÖBV-Mitarbeiter



Mit der ÖBV durchs Leben